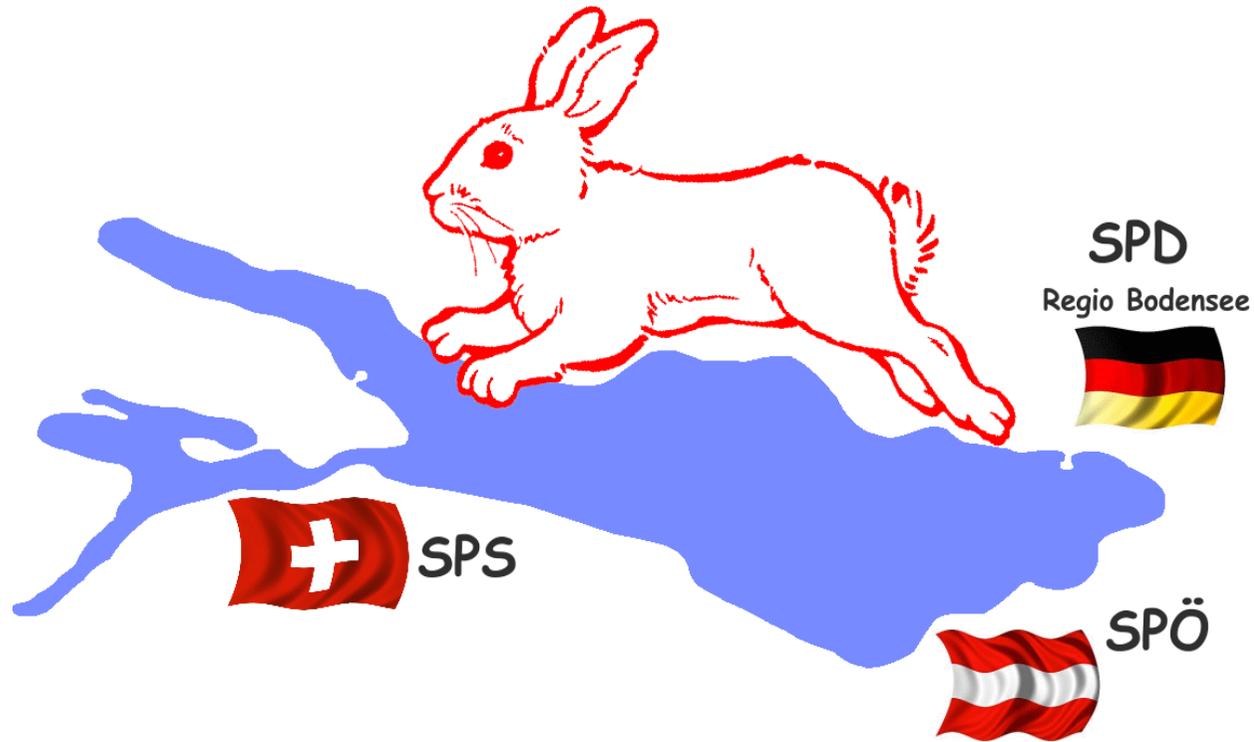


„Der Rote Seehas“

Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion



Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org

Ausgabe: 172

14.06.2016

EDITORIAL

Flüchtlingsfrage: *Selbstverständlich beschäftigt sie uns weiter.* In der letzten Ausgabe war gefragt: "Muss/kann Europa alles hinnehmen, nur um den Flüchtlingsstrom zwischen Türkei und Europa aufzuhalten?" Die Frage ist jetzt noch akuter nach der Reaktion des türkischen Präsidenten auf die Armenienresolution, die eben auch die Mitschuld Deutschlands am Genozid gegenüber dem armenischen Volk (mit dem Wissen und der Duldung der kaiserlich-deutschen Regierung) beinhaltet. Bundestagspräsident Lammert sah sich gezwungen, den rassistischen Angriff Erdogans auf die 11 türkischstämmigen MdBs zurück zu weisen. Das Abkommen mit der Türkei macht uns nicht erpressbar. Die Flüchtlinge kommen so gut wie nicht mehr über die Türkei, hauptsächlich weil der Fluchtweg „Balkanroute“ nicht mehr funktioniert. Die Unberechenbarkeit Erdogans ist das eigentliche Problem. Erdogan hat selbst fast alle nachbarlichen Beziehungen zerstört. Er ist von Europa abhängiger als er glaubt. Seine Politik gegenüber Europa nützt ihm nur innenpolitisch. Und da stehen der Türkei in nächster Zeit wirtschaftliche Schwierigkeiten bevor.

Die drei Maghreb-Staaten Marokko, Algerien und Tunesien als „sichere Herkunftsländer“ einzuordnen, wird uns kaum weiterführen. Teilweise werden Abschiebungen aus Menschenrechtsfragen heraus scheitern. Die eigentlichen Probleme in den afrikanischen Ländern müssen durch einen Politikwechsel gegenüber Afrika angegangen werden. Das erfordert Zusammenarbeit zwischen allen „entwickelten und unterentwickelten“ Ländern der ganzen Welt in bisher nicht gekannter und praktizierter Weise. Auch Entwicklungshilfe sollte nach sozialen Kriterien praktiziert werden.

Am 23.06. findet in Großbritannien die Volksabstimmung über seinen Verbleib in der EU statt. Dass der Ausgang für oder gegen Europa sehr knapp ausfallen könnte, ist allgemein bekannt – auch dass die Schotten durchaus den Austritt aus der seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts bestehenden Uni-on im Falle eines Brexit erwägen. Neben der Lösung der Fragen zu den Auflösungsverhandlungen der Verträge käme noch eine andere Folge in Betracht: Irland!

Zwischen der Republik Irland und Nordirland entstünde eine Außengrenze der EU ausgerechnet in diesem Gebiet, das mit unendlichen Mühen befriedet wurde. Eine Ausnahmeregelung an der irisch-nordirischen Grenze wäre fast un-

möglich, da ansonsten Irland über die Grenze nach Nordirland den Weg aus der EU frei machen würde, während Bürger des UK frei über die Irisch/irische Grenze in EU-Gebiet überwechseln könnten.

In den USA dürfte die Entscheidung für die beiden Kandidaten Hillary Clinton bei den Demokraten und Donald Trump bei den Republikanern gefallen sein. Pikant ist natürlich, dass Sanders anscheinend noch immer nicht aufgegeben hat – wohl eine Folge, dass Clinton ihre Zugehörigkeit zum Establishment von den Anhängern Sanders angelastet wird.

Donald Trump hat wohl anscheinend die Republikanische Partei sozusagen übernommen. Die Elefantenpartei wird noch ihre Mühe mit dem für die USA ungewohnten Populisten haben.

Zeit für Erneuerung – SPD BW?

Der Landesparteitag am 23.06. wurde abgesagt, am 22.10. soll er zusammengelegt mit den Neuwahlen des Parteivorstandes stattfinden. **Nils Schmid und Katja Mast** verzichten beide auf eine Wiederwahl.

Leni Breymaier hat ihre Bereitschaft zur Kandidatur zum Landesvorsitz erklärt. Katrin Altpeter hat heute ihre die Kandidatur zurückgezogen, da sie keinen Sinn darin sehe, wenn zwei Frauen mit ähnlichem sozialem Profil gegeneinander anträten. Respekt, Katrin!

Es bleibt abzuwarten ob sich noch weitere Persönlichkeiten melden werden. Auch wenn wir weniger Abgeordnete in Stuttgart haben, ist doch noch Personal vorhanden!

Es sollte jedem Mitglied klar sein, dass der Erneuerungsprozess der Landes- und auch der Bundes-SPD nicht mit dem Jahre 2016 abgeschlossen werden kann. So einfach ist der Prozess eben nicht. Ein Erfolg wird sich erst zeigen, wenn die Wähler uns wieder vertrauen. Umfragewerte zeigen höchstens Tendenzen auf.

Es grüßt Sie die Redaktion des Roten Seehas

Karl-Heinz König und Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

	Seite
- Editorial – Inhaltsverzeichnis - EU : Wasserstandsmeldung - "Nicht ohne Kontrollinstanz" - "Keine Nachsicht bei Steuervermeidung von Multis!" - „Diskriminierung von Verbrauchern stoppen“ - „Digitalisierung sozial gestalten“ - Europafest - "Panama Papers – Geldwäsche- und Steuerfluchtsumpf trockenlegen" - Brexit oder Bremain und die Folgen für die Europäische Union	2- 9
- SP Schweiz : - SP Kanton SG : Schattenkampf der SVP-Fraktion gegen Frauen in Führungspositionen - Super-Abschluss 2015 dank zu pessimistischer Budgetierung - Gegen die Schwächung der öffentlichen Spitäler - Bürgerlicher Machtanspruch für Verwaltungsratspräsidium Spitäler - SP und Grüne bekämpfen den politischen Stillstand	10-14
- SP Kanton Appenzell Innerrhoden : SP AI Abstimmungsparolen zum 5. Juni 2016 - Transparenz bei «Panama Papers»	15
- Beschleunigte Asylverfahren und Recht auf Arbeit - Beitrag zu würdigem Alter in Appenzell - Nein zur Privatisierung des Service public	15-16
- Bedingungsloses Grundeinkommen – Investition in unsere Zukunft - Bewährtes erhalten! - Gemeinsam Lösungen erarbeiten	17-18
- Ihre Maske ist gefallen!	18-19
- SPD Deutschland : - SPD Baden-Württemberg : Rückwärtsgang in Europa- und Integrationspolitik - Ausstellungseröffnung „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“ - Lesermeinung zu: Ein Elefant im Raum - Der Erneuerungsprozess der SPD Bawü	
- Südwestfalen Region-Bodensee-Oberschwaben: Zuerst Engpässe im Schienenverkehr beseitigen	20-21
- SPD-Bodenseekreis : Ausstellung „Möglichkeit Mensch“ beeindruckt Fraktionsmitglieder und Gäste - Wer ist das Volk?	21-22
- Ehrung durch den Parteivorstand in Berlin - Engagement in der örtlichen Flüchtlingshilfe - ÜB: Die SPD sieht einen Generalangriff auf die Landesgartenschau 2020 - Antrag des SPD-Kreisverbandes Bodenseekreis: Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung durch grundlegende Reform des Sexualstrafrechts - Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum	23-31
- SPD KV BC und MdB Martin Gerster : Aktive von Biberacher Frauenforum und Gemeindepsychiatrischem Zentrum besuchen unter anderem das Kanzleramt - Wirtschafts juniorin Eva Löffelhardt zu Gast im Bundestag - Integration muss gelingen – mehr Geld für Deutsch- und Integrationslehrer	32-33
- SPD Kreis Ulm, Alb-Donau Kreis, MdB Hilde Mattheis : besonders Frauenaltersarmut bei Rentenreform bekämpfen - „SPD wird Pflege weiter stärken“ - 1,2 Millionen Euro für Städtebauförderung - 112 Schüler und Lehrer aus Ulm im Reichstag	34-36
- Waldorfschule am Illerblick besucht den Reichstag - „Viele Anspruchsberechtigte rufen in Ulm ihr Wohngeld nicht ab!“	36-37
- Einladung: Das geplante Pflegeberufegesetz - Flüchtlinge bei Arbeit und Ausbildung unterstützen - Klarheit bei der Organspende	37-39
- Pilotprojekt für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften in Ulm - Mattheis fordert weitere Hilfen für Milchbauern	39-40
- BayernSPD SPD UB Lindau : » Europatag in Lindau: Europa & Wasser—Handelsware oder Grundrecht?	41
- DL21: Parteikonvent – Türkei – Griechenland – Integrationsgesetz – Veranstaltungen	42-43
- SPÖ Österreich - SPÖ Vorarlberg : ÖVP blockiert an allen Fronten - Antrag mit 13 Fragen einstimmig beschlossen	45-46
- Pensionssystem sicher und finanzierbar! - ÖVP verzögert inhaltliche Arbeit - Reichtümer besteuern. - Nein zu Sozialabbau	46-47
- Sorgsam mit Steuergeld umgehen - „Frühstückspause“ wäre für ÖVP besser - "Nicht Fisch, nicht Fleisch"	48-49
- LWK-Maut ist fair und gerecht - "Mir wäre vor Wahlen nicht bang" - Schwarze Zahlen auf Kosten der Gemeinden	49-50
- Kritik an Fritz Amanns Rundumschlägen - Ist "Häusle" weit genug weg und kümmert uns nicht?	50-51
- Impressum	52

Europa



Die SPD-Abgeordneten – Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament

Peter SIMON:

Wasserstandsmeldung

Liebe Genossinnen und Genossen,

im Nachgang zu den sogenannten "TTIP-Leaks", die vor Kurzem öffentlich wurden, möchte ich Euch - auch zur Versachlichung der zu Recht geführten Debatte - noch einige nähere Hintergrundinformationen dazu geben.

Es handelt sich um dreizehn Kapitel eines Entwurfes für einen möglichen Text (die Dokumente sind teilweise schon bereits über ein Jahr alt und somit teils auch nicht mehr aktuell). Da es bisher jedoch noch kaum eine Einigung über gemeinsame Formulierungen gibt, finden sich in entsprechenden Texten im Wesentlichen lediglich die jeweiligen Positionen der USA und der EU wieder.

Bezüglich der EU-Position belegen die Dokumente, dass die EU-Verhandlerinnen und Verhandler keine EU-Positionen aufgegeben haben. Diese sind auch Dank des Drucks der Sozialdemokraten bereits allen öffentlich zugänglich unter folgendem Link: <http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=1230>

Im Wesentlichen sind die US-Positionen bislang meilenweit von unseren europäischen entfernt. Bisher sind die US-Positionen zur öffentlichen Beschaffung,

zu Dienstleitungen, zur gegenseitigen Anerkennung von Standards, zum geistigen Eigentum, zu den geographischen Herkunftsbezeichnungen, zu ausländischen Investitionen und vor allem zu den Arbeitnehmerrechten nicht akzeptabel. Mutmaßungen, dass die EU von ihren Positionen abrückt und die US-Positionen übernimmt sind schlicht falsch. Sollten die USA ihre entsprechenden Positionen nicht ändern wird TTIP am Widerstand der Sozialdemokraten scheitern!

Wir deutsche Sozialdemokraten haben bereits beim Parteikonvent im September 2014 und Bundesparteitag im Dezember 2015 unsere roten Linien für TTIP festgezurr:

https://www3.spd.de/scalableImageBlob/123760/data/20140920_parteikonvent_beschluss_ttip-data.pdf

<https://www.spd.de/aktuelles/bundesparteitag-2015/beschluesse/beschluss-chancen-und-risiken-des-transatlantischen-freihandels/>

Und auch das Europäische Parlament hat auf unsere Initiative hin bereits am 8. Juli 2015 mit einer ausführlichen Positionierung eine ebenso hohe Messlatte für die TTIP-Verhandlungen gelegt:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P8-TA-2015-0252+0+DOC+PDF+V0//DE>

Soviel als aktuelle "Wasserstandsmeldung" - ich halte Euch weiter auf dem Laufenden.

Viele Grüße aus Straßburg

Peter
11.05.2016

Peter Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Nicht ohne Kontrollinstanz"

Europaparlament fordert mehr Transparenz bei Unternehmensbesteuerung

Das Europäische Parlament hat in seiner Plenarsitzung am Donnerstag mit großer Mehrheit Nachbesserungen beim automatischen Informationsaustausch von Steuerdaten multinationaler Unternehmen zwischen nationalen Steuerbehörden gefordert. Die Multis sollen ab 2017 aufschlüsseln, in welchem Land sie wie viele Gewinne machen und wie viele Steuern sie hierauf bezahlen.

"So wichtig dieser Schritt zu mehr Steuertransparenz ist, so ärgerlich ist, dass die Mitgliedstaaten weiterhin mit angezogener Handbremse unterwegs sind. Die EU-Kommission als Hüterin der Verträge darf nicht wie von den Mitgliedstaaten vorgesehen mit statistischen Daten abgespeist werden", stellt der baden-württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON** klar. "Als neu-

trale Kontrollinstanz muss die EU-Kommission vollen Einblick in die länderspezifischen Berichte der multinationalen Unternehmen erhalten. Sonst kann sie den Mitgliedstaaten nicht auf die Finger schauen und deren "duldendem Wegschauen" auch weiter nicht die Grundlage entziehen", erläutert der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion im TAXE-Sonderermittlungsausschuss gegen Steuervermeidung von multinationalen Unternehmen. Die EU-Finanzminister hatten sich Anfang März stattdessen grundsätzlich darauf geeinigt, die EU-Kommission beim automatischen Informationsaustausch zwischen den Steuerbehörden außen vor zu lassen.

Im Gegensatz zu den Mitgliedstaaten verlangen die Sozialdemokraten zudem, dass nicht nur Konzerne ab 750 Millionen Euro Jahresumsatz die Karten offen legen müssen, sondern bereits Großunternehmen ab 40 Millionen Euro (Definition von "Großunternehmen" laut EU). "Nach den ursprünglichen Kommissionsvorschlägen sind lediglich 10 Prozent der Multis im Visier der Steuerbehörden, das wären 1900 Firmen. Bei einer Absenkung des Schwellenwertes auf 40 Millionen Jahresumsatz wären es 20000 Unternehmen - ein entscheidender Unterschied um mehr Steuertransparenz zu erreichen", unterstreicht **Peter SIMON**.

"Gerade die Panama Papers haben auch dem Letzten unmissverständlich bestätigt, dass Transparenz einer der zentralen Pfeiler im Kampf gegen Steuervermeidung und Steuerflucht ist. Nur so können wir diese erschreckende Parallelwelt aus der Anonymität holen", betont **Peter SIMON**. "Am Ende führt für uns Sozialdemokraten an einer öffentlichen Berichterstattungspflicht für die Multis kein Weg vorbei."

Straßburg, 12.05.2016

Weitere Informationen: Büro Simon, MdEP

Peter SIMON:

"Keine Nachsicht bei Steuervermeidung von Multis!"

EP-Wirtschaftsausschuss fordert umfassende Maßnahmen gegen künstliches Kleinrechnen von Unternehmensgewinnen

Durch das Ausnutzen unterschiedlicher nationaler Steuerrechte, interner Verrechnungen und Gewinnverlagerung in Niedrigsteuerrländer gelingt es internationalen Konzernen ihre Steuerlast erheblich zu senken. Diese Steuer-schlupflöcher will die EU schließen - zum Beispiel durch die Besteuerung von Auslandsgewinnen und Vermögensverlagerungen in Niedrig-Steuerländer oder

die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen.

"Durch die Steuervermeidung internationaler Konzerne gehen den Mitgliedstaaten der EU jedes Jahr zwischen 50 und 70 Milliarden Euro verloren", unterstreicht der badenwürttembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**, Sprecher der S&DFraktion im TAXE-Ausschuss gegen Steuervermeidung von multinationalen Unternehmen. "Diese Gewinnverlagerung führt zudem dazu, dass lokale Unternehmen im EU-Durchschnitt fast ein Drittel mehr Steuern zahlen müssen als multinationale Unternehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass multinationale Unternehmen keinen angemessenen Beitrag zum Steueraufkommen unserer Staaten leisten. Gewinne sollen dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Nicht die Steuerabteilungen oder Steuerberatungsfirmen der Multis, sondern die wirtschaftliche Substanz sollte darüber bestimmen, wo die Unternehmen ihre Steuern zahlen."

Deshalb fordert der Wirtschafts- und Währungsausschuss in seiner am Dienstag abgestimmten Position Nachbesserungen an einem entsprechenden Richtlinienvorschlag der EU-Kommission. "Wir brauchen eine eindeutige Definition

für Betriebstätten, damit diese zum Steuersparen nicht mehr einfach künstlich dahin verlagert werden können, wo eigentlich keine wirtschaftliche Tätigkeit stattfindet. Das gleiche gilt für interne Verrechnungspreise. Es muss klar vorgeschrieben werden, dass multinationale Unternehmen bei konzerninternen Verrechnungen von Gütern und Dienstleistungen oder der Nutzung von Patenten marktconforme Preise zahlen", erläutert **Peter SIMON**. Zudem will der Wirtschaftsausschuss bei der Berechnung der Steuerbemessungsgrundlage von Unternehmen eine Absenkung der Abzugsfähigkeit von Zinszahlungen von 30 auf 20 Prozent.

"Das ist eine deutliche Ansage an die EU-Finanzminister, die sich bei ihrem Treffen morgen mit dem Thema befassen. Die Regeln gegen Steuervermeidung multinationaler Unternehmen dürfen auf der Suche nach dem kleinsten gemeinsamen Nenner nicht abgeschwächt werden", fordert **Peter SIMON**. "Klar ist allerdings auch, dass die jetzt zur Diskussion stehenden Maßnahmen das Problem der Gewinnverschiebung zwar mildern, aber nicht lösen können. Um einer Problemlösung entscheidend näher zu kommen, muss eine gemeinsame konsolidierte Grundlage zur Bemessung der Körperschaftssteuer eingeführt werden. Dann können die Unternehmensgewinne endlich transparent nach Wertschöpfung auf die einzelnen Länder aufgeteilt und versteuert werden."
Brüssel, 24.05.2016 **Peter Simon, Mitglied des Europäischen Parlaments**

Evelyne Gebhardt:

„Diskriminierung von Verbrauchern stoppen“

Kommission legt Geoblocking-Verordnung und neuen Vorschlag zur Regelung von Plattformen vor

„In der analogen Welt wäre es völlig undenkbar, dass ein Käufer in einem Laden abgewiesen wird, lediglich weil er in einem anderen Mitgliedstaat wohnt. Es ist gut und richtig, dass wir nun endlich den europäischen Binnenmarkt auch im Internet vervollständigen“, begrüßt **Evelyne Gebhardt** den Vorschlag der EU-Kommission. Der Verordnungsvorschlag zum Geoblocking soll die regionale Sperrung von Onlineshops und Internetinhalten abschaffen.

„500 Millionen Verbraucherinnen und Verbraucher müssen sich auf europäische Regeln im Handel verlassen können – egal, in welchem Land, und unabhängig davon, ob sie online oder im Ladengeschäft einkaufen“, fordert **Evelyne**

Gebhardt, verbraucherpolitische Sprecherin der SPD im Europäischen Parlament.

Oftmals wird Onlinekunden erst bei Abschluss des Bestellvorgangs klar, dass es Lieferbeschränkungen gibt, wenn Web-Shops ablehnen, Waren oder Dienstleistungen zu liefern. Auf diese Weise profitieren insbesondere die großen Onlineshops von den bestehenden Preisunterschieden zwischen den Mitgliedstaaten, während Verbraucher in einigen EU-Staaten einen viel begrenzteren Zugang zu Waren und Dienstleistungen haben.

Gleichzeitig stellt die Kommission auch ihren Vorschlag zur Regelung von Plattformen in der Europäischen Union vor. Der Wettbewerb zwischen großen multinationalen Plattformen wie Amazon Marketplace oder eBay und kleineren europäischen Start-ups soll fairer gestaltet werden.

Allerdings zeigt sich **Evelyne Gebhardt** skeptisch, ob eine Definition des Begriffs „Plattform“ zielführend ist, denn es bestehe die Gefahr, dass ein One-fits-all-Konzept neuere Plattformen nicht ausreichend miteinbeziehe. „Gerade bei sogenannten Transaktions-Plattformen wie eBay müssen Verbraucher geschützt werden. Die massenhafte Ausbreitung dieser Phänomene könnte eine Unterwanderung von Verbraucherschutzrechten zur Folge haben“, ist **Evelyne Gebhardt** überzeugt.

„Es ist sehr erfreulich, dass die Kommission jetzt endlich den Ankündigungen der Strategie zur Schaffung eines digitalen Binnenmarktes Taten folgen lässt und eine Vielzahl von neuen Initiativen einbringt, die den Wachstumsmotor der EU, den Binnenmarkt, ankurbeln und gleichzeitig die einzelnen Volkswirtschaften der EU im globalen Wettbewerb stärken können“, so **Evelyne Gebhardt**.

Brüssel, den 27. Mai 2016

Weitere Informationen:

Büro Gebhardt und Katharina Steinwendtner (Pressereferentin)

Evelyne Gebhardt:

„Digitalisierung sozial gestalten“

EU-Kommission legt Vorschläge zu mehr Transparenz in der Sharing Economy vor

„Wir müssen die Wettbewerbsbedingungen für traditionelle Wirtschaftsteilnehmer gegenüber ihren digitalen Konkurrenten wie Airbnb und Uber sinnvoll und

gerecht gestalten. Es geht um das Logistik-, Übernachtungs- und Transportgewerbe. Wettbewerbsgerechtigkeit darf Unternehmen der Sharing Economy nicht übervorteilen“, stellt **Evelyne Gebhardt**, verbraucherpolitische Sprecherin der SPD im Europäischen Parlament, fest.

Am Donnerstag stellte die EU-Kommission ihre Mitteilung zur Sharing Economy vor. Unter Sharing Economy versteht man über das Internet organisiertes systematisches gegenseitiges Bereitstellen von Dienstleistungen oder Gegenständen – mit oder ohne Entgelt.

Evelyne Gebhardt begrüßt, dass die EU-Kommission Leitlinien für Unternehmen, Verbraucher und Behörden zur Sharing Economy einrichten will: „Ein solches Instrument könnte die Transparenz sowohl für junge als auch etablierte Unternehmen dieser Branche erheblich verbessern.“ Dieses soll laut EU-Kommission Auskunft darüber geben, welche nationalstaatlichen Regeln einzuhalten sind. „Ich fordere hierbei insbesondere auch die Aufnahme kommunaler Regeln. Denn diese bestimmen oftmals die rechtlichen Voraussetzungen für die Aufnahme von Geschäftsmodellen der Sharing Economy. Nur dann können diese neuen Leitlinien zu einer sozialen und nachhaltigen Gestaltung der Sharing Economy beitragen“, sagt Evelyne Gebhardt.

Die Errungenschaften im Sozial- und Verbraucherschutz dürften aber keinesfalls im Namen der Digitalisierung aufs Spiel gesetzt werden, denn bestimmte Modelle der Sharing Economy würden genau da ansetzen. „Es muss der Kommission klar sein, dass nur solche Geschäftsmodelle förderungswürdig sind, die nicht zu prekären Beschäftigungsverhältnissen führen“, appelliert Evelyne Gebhardt.

Brüssel, den 2. Juni 2016

Weitere Informationen: Büro Gebhardt
und Katharina Steinwendtner (Pressereferentin)

EVELYNE GEBHARDT

Mitglied des Europäischen Parlaments



**Fraktion der Progressiven Allianz der
Sozialisten & Demokraten
im Europäischen Parlament**

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freunde und Freundinnen,
liebe Genossen und Genossinnen,

es ist wieder so weit, wir feiern gemeinsam mein traditionelles

Europafest

**am Samstag, dem 25. Juni 2016, von 14.00 bis 18.00 Uhr
in Künzelsau (Keltergasse 47).**

Damit möchte ich allen Interessierten die Möglichkeit geben, einmal hinter die Kulissen meines Büros zu schauen und meine Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus Künzelsau und Brüssel kennenzulernen.

In der aktuellen Situation ist es wichtiger denn je, für ein geeintes und solidarisches Europa Flagge zu zeigen. Dafür steht die S&D-Fraktion und dafür steht mein Fest.

Als **besonderen Gast** konnte ich in diesem Jahr den Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion und Kultusminister a.D., **Andreas Stoch**, gewinnen.

Für den passenden Rahmen für zwanglose Gespräche und gute Unterhaltung ist wie immer gesorgt und auch das leibliche Wohl wird nicht zu kurz kommen. Weitersagen und Gäste mitbringen – dann wird es wieder ein schönes Europafest, auf das ich mich schon heute freue.

Die Erwachsenen sollten sich bitte kurz im Büro anmelden (per Mail oder telefonisch), damit wir für die Bewirtung besser planen können.

Herzlich willkommen am 25. Juni!

Evelyne Gebhardt, MdEP Künzelsau, den 31. Mai 2016

Peter SIMON:

"Panama Papers – Geldwäsche- und Steuerfluchtsumpf trockenlegen"

Europaparlament stimmt Untersuchungsausschuss zu und fordert umfassende Regeln gegen Steuervermeidung von Multis

Das Plenum des Europäischen Parlaments hat heute endgültig grünes Licht für von den Sozialdemokraten geforderten Untersuchungsausschuss zu den Panama Papers gegeben. Das Mandat umfasst die Untersuchung möglicher Verstöße gegen EU-Recht in den Bereichen Geldwäsche, Steuerflucht und Steuervermeidung. Der Untersuchungsausschuss nimmt seine Arbeit im Juli auf.

„Die Panama Papers sind Beleg für eine Parallelwelt mit unglaublichen Abgründen. Wir ermitteln in alle Richtungen, um den Sumpf aus Geldwäsche, Steuerflucht und Steuervermeidung trockenzulegen. Das weitgefaste Mandat gibt uns dafür großen Handlungsspielraum“, stellt der baden-Württembergische SPD-Europaabgeordnete **Peter SIMON**, Sprecher der S&D-Fraktion im TAXE-Ausschuss gegen Steuervermeidung von multinationalen Unternehmen, klar. Besonderes Augenmerk wollen die Sozialdemokraten auch auf die Rolle mancher Banken, Vermögensverwalter, Steuerberater, Stiftungen sowie sonstiger Finanzberater legen. „Die Verschleierungsindustrie muss gestoppt werden“, unterstreicht **Peter SIMON**.

Schluss machen wollen die Europaabgeordneten auch mit den Steuervermeidungspraktiken multinationaler Unternehmen. Mit großer Mehrheit mahnen sie deshalb Nachbesserungen an dem Gesetzesvorschlag der EU-Kommission ge-

gen Steuerschlupflöcher an. "Wir brauchen eine eindeutige Definition für Betriebstätten, damit diese zum Steuersparen nicht mehr einfach in Niedrigsteu-erländer verlagert werden können. Gewinne sollen dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden", betont **Peter SIMON**. Um das zu erreichen, fordern die Sozialdemokraten zudem ein Ende der Patentboxen sowie eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent für ausländische Einkünfte.

Auf Druck der Sozialdemokraten soll dabei die Beweislast umgekehrt werden und die multinationalen Unternehmen künftig nachweisen, dass sie ihre Gewinne nicht nur für Steuersparzwecke in Drittstaaten verschieben, sondern tatsächlich dort wirtschaftliche Aktivitäten durchführen, die den Gewinnen zugrunde liegen. „Jeder normale Steuerzahler hat gegenüber dem Finanzamt eine Bring-schuld. Er muss nachweisen, warum er etwas steuermindernd geltend macht. Warum sollten für Multis hier eigene Regeln gelten?“, kritisiert **Peter SIMON**.
08.06.2016 Peter Simon, MdEP

Brexit oder Bremain und die Folgen für die Europäische Union

Ein Brexit ist mittlerweile mehr als ein Gedankenspiel. Der Beginn des Auseinanderdriftens der EU ist eine realistische Gefahr. Am Donnerstag, 23. Juni werden die Briten über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union abstimmen. Bislang ist in der Geschichte der Union nur Grönland – die Insel gehört politisch zu Dänemark – aus der Gemeinschaft ausgetreten. Und schon in diesem Fall zogen sich die Verhandlungen über den Austritt über sieben Jahre in die Länge. Großbritannien wäre allein wegen seiner Wirtschaftskraft ein anderes Kaliber. Das Land hat durch zahlreiche Ausnahmereglungen bereits einen besonderen Status.

Die Briten zahlen weder mit dem Euro noch nimmt das Land an der gemeinsamen Justiz- und Innenpolitik oder dem grenzfreien Schengenraum teil. Zudem wurde dem Land 1984 ein Rabatt auf die Beitragszahlungen gewährt, der sich laut EU-Kommission bis heute auf mehr als 100 Milliarden Euro summiert. Mit dem Referendum wird sich entscheiden, ob diese Sonderbeziehung innerhalb oder außerhalb der Europäischen Union weiterentwickelt wird.

Im Falle des Verbleibs Großbritanniens muss das Abkommen über "eine neue Regelung für das Vereinigte Königreich innerhalb der Europäischen Union" umgesetzt werden, das der britische Premier David Cameron im Februar 2016 in Brüssel mit den Staats- und Regierungschefs ausgehandelt hatte. Der britische Ausstieg aus der laut den EU-Verträgen eigentlich "immer engeren Union" könnte dabei die Spaltung der EU vertiefen.

Das Referendum über die Zukunft des Vereinigten Königreichs hat in jedem Fall Folgen für die gesamte Europäische Union. Auf der einen Seite muss die Eurozone sich weiter vertiefen, um widerstandsfähig und erfolgreich zu sein.

Das ist in der Eurokrise deutlich geworden. Gleichzeitig sind offensichtlich nicht wenige Entscheidungsträger in Ländern wie dem Vereinigten Königreich lediglich am gemeinsamen europäischen Binnenmarkt interessiert und lehnen eine weitere Vertiefung der EU ab. Mittelfristig muss deshalb auch das Regelwerk der Europäischen Union an diese Realität angepasst werden.

Für den Fall eines „No“ bereitet sich die EU-Kommission auf eine Sondersitzung nach dem Referendum am Sonntag, 26. Juni vor. Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union wollen über mögliche Folgen des Referendums auf ihrem kommenden Gipfel am Dienstag, 28. Juni und Mittwoch, 29. Juni 2016 in Brüssel sprechen. Europas Verdienste stehen außer Zweifel: Friedenssicherung und Wohlstandsmehrung, europäische Gesetzgebung als Antwort auf grenzüberschreitende epochale Fragen. Wir arbeiten weiter daran, dass dieses Europa den Bürgerinnen und Bürgern wie bisher einen Mehrwert bietet. Am besten gemeinsam mit den Briten.

03.06.2016

Juni- NEWSLETTER DER EUROPA-SPD



Schattenkampf der SVP-Fraktion gegen Frauen in Führungspositionen

Mit Befremden nimmt die SP des Kantons St.Gallen Kenntnis von der einfachen Anfrage der SVP-Fraktion zum Vorschlag der Regierung für den Verwaltungsrat der Spitalverbunde. Das ist ein politisch inhaltsloser Schattenkampf, der nur für die Tribüne geführt wird. Er zeigt aber das Problem der SVP mit VertreterInnen anderer Parteien und mit Frauen in Führungspositionen.

Grosses Geschrei bei der SVP: Die Regierung schlägt die Wiler Ökonomin Marianne Mettler zur Wahl als Präsidentin des Verwaltungsrates der St.Galler Spitalverbunde vor. Dass diese Wahl anspruchsvoll werden würde, hat die SP schon in der Beratung der PCG-Vorlagen ausgeführt: Die SP-Grüne Fraktion hat darauf hingewiesen, dass mit dem unter anderem von der SVP verlangten Verfahren die Wahl des VR und der VR-PräsidentIn zum politischen Zankapfel wird. Genau dies ist nun bedauerlicherweise eingetroffen.

Aus Sicht der SP ist klar: Die Anforderungen an den Verwaltungsrat und die Präsidentin des Verwaltungsrates sind sehr hoch. Dies zu Recht. Peter Hartmann, SP-Grüne-Fraktionschef betont: „Die bisherige Lösung mit Regierungsrätin Heidi Hanselmann war in den letzten Jahren optimal: Sie garantierte eine straffe Führung, die klare Umsetzung der Strategie der regional verankerten Gesundheitsversorgung und der Konzentration der Leistungen im Interesse eines kostengünstigen und qualitativ hochstehenden Angebotes für die gesamte Bevölkerung. Ausschliesslich aus politischen Gründen wurde die Verknüpfung von Verwaltungsratspräsidium und Vorsteherin des Gesundheitsdepartements dann aber gekappt.“ Aus rechtlicher Sicht ist seit einer Woche nämlich klar: Der Vorwurf der Befangenheit der Gesundheitschefin in der Funktion als Verwaltungsratspräsidentin war unbegründet. Dies hat Bundesverwaltungsgericht hat festgestellt.

SVP stellt sich selber bloss

Mit für die grösste Partei im Kantonsrat peniblen Fragen stellt sich die SVP mit ihrem Vorstoss bloss. Denn jedeR Politbeobachter, geschweige denn aktive KantonrätInnen, weiss dies haargenau:

a) Die Strategie des Spitalverbunds steht längst und ist öffentlich. Über sie wurde etwa im Abstimmungskampf zur Erneuerung der Spitalstandorte ausgiebig informiert und diskutiert.

b) Der Verwaltungsrat des Spitalverbunds hat diese Strategie verfasst. Sie wird seither sichtlich mitgetragen von Regierung, Kantonsrat und Bevölkerung. Es ist eine überaus erfolgreiche Strategie, die die Gesundheitskosten pro Kopf im Kanton St.Gallen im schweizweiten Vergleich tief hält.

c) Die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie eines so grossen Betriebs liegt beim gesamten Verwaltungsrat und nicht alleine bei der Verwaltungsratspräsidentin.

d) Wenn die bürgerlich dominierte Regierung (5 CVP, FDP, SVP, 2 SP) ein SP-Mitglied für dieses verantwortungsvolle Amt vorschlägt, ist dies mit jeder Sicherheit keine Gefälligkeit, sondern fusst auf der überzeugenden Bewerbung.

e) Die Übertragung der Spitalimmobilien und damit die Verantwortung über die Umsetzung der Erneuerung der Spitäler wurde in der Aprilsession (!) definitiv beschlossen. Dass sie für den gesamten Verwaltungsrat eine zusätzliche und hohe Belastung darstellt, machte die SP schon während der Beratung in den Kommissionen und im Rat deutlich. Für die SVP war dieses Argument gegen die Übertragung zum jetzigen Zeitpunkt wertlos.

f) Ohne Logik ist der Vorwurf der SVP der Befangenheit: Wir stellen fest, dass das Verfahren wie von der Kantonsratsmehrheit von SVP, FDP und CVP gefordert, unter Ausschluss der Parteien abgewickelt wurde. Der vorliegende Antrag für VR und VR-Präsidentin ist ein Beschluss der Regierung des Kantons St.Gallens. Ihm Wahlausschuss war auch SVPRegierungsrat Stefan Kölliker prominent vertreten. Er steht für den Wahlvorschlag klar ein.

Angesichts dieser Ausgangslage sollte sich die SVP endlich der Sachpolitik zuwenden. Oder schlicht und einfach zugeben, dass sie ein Problem mit der Parteizugehörigkeit und ganz allgemein mit Frauen in Führungspositionen hat. Aus Sicht von SP ist klar: Nach ihrem Aufstieg und ihrer mittlerweile unübersehbaren Stärke im Kantonsrat, poltert sie wie eh und je in- und ausserhalb des Kantonsratssaal. Im Ton verfehlt, in der Sache oft inhaltsleer und substanzlos, wie diese Einfache Anfrage der SVP-Fraktion offenlegt.

St.Gallen, 25. Mai 2016

Kontakt:

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-GRÜ
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG



SP-Grüne-Fraktion

SP und Grün:

Super-Abschluss 2015 dank zu pessimistischer Budgetierung

Die Rechnung 2015 schliesst mit einer Besserstellung von 180 Mio. Franken gegenüber dem Budget ab. Ein Hohn für das Personal, dem eine Reallohnerhöhung verweigert worden war. Für die Bestätigungswahl des Verwaltungsrates und für das Präsidium für die Spitalverbände durch den Kantonsrat gibt es nur eine Bezeichnung: Völlig ungeeignet und schädlich für unsere Gesundheitsversorgung.

Die Fraktion tagte am Samstag, 28. Mai in der Probstei in Alt St.Johann. Dort, wo zwischen Pfingsten und Auffahrt das mitreissende Klangstimmenfestival der Klangwelt Toggenburg über viele Bühnen ging. SP und Grüne betonen mit der Wahl des Versammlungsorts ihr Bekenntnis zum Klanghaus. Mit dessen Bau sollte sich dem Toggenburg aus Sicht von SP und Grünen eine erstklassige Chance bieten, verloren gegangenes touristisches Terrain auf überzeugende Art zurück gewinnen zu können. Daniel Blatter, Geschäftsführer der IG Klangwelt, informierte die KantonsrätInnen von SP und Grünen über die jüngsten Überlegungen, über das Engagement der Talbevölkerung und über die Chancen einer Wiederaufnahme des politischen Prozesses. SP und Grüne werden sich auch in der neuen Legislatur vehement für die Chance Klanghaus einsetzen und unterstützen das Projekt weiterhin.

Dass eine Genehmigung des Verwaltungsrates für den St.Galler Spitalverbund durch den Kantonsrat vor allem verkomplizierend wirkt, steht für die SP-Grüne-Fraktion seit der Corporate Governance-Debatte fest. „Wir sehen uns nun aber in unseren schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Die Genehmigung durch den Kantonsrat ist der Sache in keiner Weise angemessen, ja völlig ungeeignet.“ Dies sagt Peter Hartmann, SP-Grüne-Fraktionspräsident im St.Galler Kantonsrat. Die Wahl der Regierung fiel auf die Wilerin Marianne Mettler; die Kandidatur steht aus unsachlichen, politischen Überlegungen einzelner bürgerlicher Politiker plötzlich im scharfen Gegenwind. Dieses Politische Spiel

schwächt die öffentlichen Spitäler, die im Wettbewerb mit den privaten Häusern stehen.

SP und Grüne verteidigen die Renten und Löhne

Keine Lohnentwicklung für das Staatspersonal. Und das seit 5 Jahren und trotz anders lautenden Versprechen der Regierung. Für SP und Grüne im St.Galler Kantonsrat ist dies ein Hohn. Sie fordert die Regierung auf, endlich mit einer realistischeren Budgetierung der Einnahmeseite den Druck auf die Kantonsfinanzen zu reduzieren. Die Krankkrederei der Kantonsfinanzen muss endlich ein Ende haben.

Aus Sicht von SP und Grünen ist es ebenfalls unverständlich, dass sich die Finanzkommission aus der Verantwortung gegenüber der Pensionskasse und den RentenbezügerInnen und ehemaligen MitarbeiterInnen stehlen. Hier stehen vom abgetretenen Finanzminister Gehrer und von der vorberatenden Kommission gemachte Versprechen kurz vor dem Bruch. „Es macht den Anschein“, so Laura Bucher, SPFinanzpolitikerin, „die Finanzkommission wolle sich aus dieser Verantwortung für die Pensionierten stehlen. SP und Grüne aber werden gegen dieses „Vergessen“ antreten und alles daran setzen, dass die Pensionskasse im nötigen Umfang gestützt wird.

Zwei starke Kandidaturen für die Hochschulräte

In der Junisession werden die Hochschulräte neu gewählt. Die SP ist im Universitätsrat mit alt Nationalrätin Hilde Fässler vertreten, den zweiten SP-Sitz wird der Kantonsrat am Sessionsmontag, 6. Juni, neu besetzen. Die Fraktion hat sich nach einem Hearing von drei BewerberInnen für den Uznacher Kurt Hollenstein entschieden. Der 50jährige Hollenstein doktorierte an der ETH und arbeitete danach an der ETH, an der Uni Zürich und im Consultingbereich für Naturgefahren. Er bringt aus Sicht der SP-GRÜ-Fraktion beste Voraussetzungen mit, die SP-Interessen im Universitätsrat wirksam einzubringen.

Einen unbestrittenen SP-Sitz muss im PHSR-Rat neu besetzt werden. Hier hat sich in einem Hearing die Werdenberger Ökonomin und Präsidentin des Schulpsychologischen Dienstes Katrin Glaus gegen sechs MitbewerberInnen durchgesetzt.

St.Gallen, 28.05.2016

Rückfragen:

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP und Grüne
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär



Gegen die Schwächung der öffentlichen Spitäler

SP und Grüne wollen die Wahl in den VR der Spitalverbunde politisieren und werden dazu eine Dringliche Motion einreichen. Wie die Fraktionsgemeinschaft bereits am Samstag verlautbaren liess, ist die Genehmigung durch den offensichtlich immer weniger sachlich handelnden Kantonsrat völlig ungeeignet und schwächt unsere öffentlichen Spitäler.

Die derzeit erfolgreichen öffentlichen Spitäler im Kanton St.Gallen bekommen heute in einer Woche im Rahmen der Juni-Session des Kantonsrats einen neuen Verwaltungsrat und eine neue Verwaltungsratspräsidentin. Vorgangene Woche traten die bürgerlichen Parteien ein eigentliches Parteiengzänk los. Sie versuchen eine fraglos bestens geeignete und deshalb von der Regierung gewählte Frauen-Kandidatur zu verhindern. Dies indem sie die nötige Genehmigung der Kandidatur durch den Kantonsrat nicht erteilen wollen.

Die Stunde der Verlierer

Es ist die Stunde der Verlierer der Abstimmung über die Erneuerung der Spitäler und der Unterstützer der Privatspitäler, die vor dem Bundesverwaltungsgericht eine unerwartet deutliche Niederlage einstecken mussten. Dieses hatte vor Monatsfrist die Spitalliste der St.Galler Regierung bestätigt und zugleich eine Befangenheit der Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes verneint. Mit dem Gezerre um die Bestellung des Verwaltungsrates der Spitalverbunde werden dem öffentlichen Gesundheitswesen jetzt einfach weitere Steine in den Weg gelegt.

SP und Grüne gegen mächtige Gegner

In diesem politischen Umfeld fand eine neutrale, sachlich geprüfte Wahl des obersten strategischen Gremiums des St.Galler Spitalverbunds mächtige Gegner. SP und Grüne sehen sich in ihren schlimmsten Befürchtungen bestätigt: Die Genehmigungspflicht des von der Regierung gewählten Verwaltungsrats und der Verwaltungsratspräsidentin durch den Kantonsrat ist der Sache in kei-

ner Weise angemessen. Während die Regierung solche Wahlen in der Regel auf der Basis von sachlichen Argumenten und mit einem vertieften Blick auf die Lebensläufe und Leistungsausweise der KandidatInnen durchführt, sucht der Kantonsrat derzeit auch parteipolitische Argumente für oder gegen eine solche Wahl. Für die SP-Grüne-Fraktion im St.Galler Kantonsrat ist seit der Corporate Governance-Debatte letzten Herbst klar, der Kantonsrat ist für solche Wahlen das falsche Gremium ist.

SP und Grüne verlangen aus diesem Grund und im Interesse einer effizienten und kostengünstigen öffentlichen Gesundheitsversorgung im Kanton St.Gallen, dieses politisch motivierte und schädliche Gezerre mit einer Änderung der Wahl-Zuständigkeit zu unterbinden. Die SP-Grüne-Fraktion will mit der dringlichen Motion die Regierung beauftragen, das Gesetz über die Spitalverbunde (sGS 320.2) dahingehend zu ändern, dass die Genehmigung durch den Kantonsrat aufgehoben wird.

30.05.2016

Rückfragen:

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP und Grüne
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär

Bürgerlicher Machtanspruch für Verwaltungsratspräsidium Spitäler

Der bürgerliche Machtanspruch auf das Verwaltungsratspräsidium der St. Galler Spitalverbunde wurde von langer Hand geplant. Mit der Durchsetzung des vorgesehenen Wahlprozederes für die Besetzung des Verwaltungsratspräsidiums brachte die Regierung den Plan durcheinander. Damit blieben nur noch Diffamierung und undurchsichtige Machenschaften.

Wie Peter Hartmann, Fraktionspräsident der SP-Grüne-Fraktion gestern im Regionaljournal von Radio SRF öffentlich machte, erhielt die St.Galler Regierung von SVP und FDP bereits im letzten Oktober einen Brief mit einem konkreten Vorschlag für das Verwaltungsratspräsidium der Spitalverbunde. Nur Wochen nach dem definitiven Entscheid der bürgerlichen Mehrheit im Kantonsrat, die zuständige Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes aus dem Verwaltungsrat zu entfernen, und nur Wochen nachdem das Wahlprozedere bei der Besetzung von Verwaltungsratsmandaten für staatsnahe Institutionen (Corporate Governance-Vorlage) definiert wurde, versuchten die bürgerlichen Parteien das festgelegte Verfahren zu umgehen. In einem bisher nicht öffentlichen Brief forderten sie die Regierung auf, für das Verwaltungsratspräsidium der St.Galler Spitalverbunde eine ihnen genehme Persönlichkeit vorzusehen.

Seriöses Auswahlverfahren desavouiert Bürgerliche

Mit der Forderung hofften diese Mächtigen der Hinterzimmer einen der ihren in die wohl wichtigste Funktion im St.Galler Gesundheitswesen hieven zu können. „Ich musste mir die Existenz dieses Briefs aus Bemerkungen am Rande von Sitzungen zusammenreimen“, so Fraktionspräsident Peter Hartmann. „Der Start des offiziellen Bewerbungsverfahrens Ende November durch die Regierung entspannte die Situation und gab den Hinweis darauf, dass diese nicht auf die Forderung eingetreten war.“ Das ordentliche Wahlverfahren brachte SVP, FDP und CVP den nächsten Rückschlag. Der Wahlausschuss, bestehend aus Regierungsrätin Hanselmann und Regierungsrat Kölliker, schlug der Regierung zwei Personen vor. Die Favoritin von Regierungsrat Stefan Kölliker obsiegte und Marianne Mettler wurde vom Regierungsrat als Verwaltungsratspräsidentin der Spitalverbunde vorgeschlagen. Nach diesem gravierenden Rückschlag für den Machtanspruch verlagerte sich der Kampf um die Herrschaft im st.gallischen Gesundheitswesen vom Hinterzimmer in die politische Niederung einer Schlammschlacht gegen die von der Regierung gewählte Person. Die Kampagne mit Mutmassungen, Unsachlichkeiten und schlicht Erdichtetem zur Kandidatur Marianne Mettlers war erfolgreich: Am Dienstagnachmittag nahm sich diese aus einem völlig aussichtslos gewordenen Rennen.

Keine Frauen – keine SP

Sorgen bereitet der SP des Kantons St.Gallen dieses Machtgezerre vor allem mit Blick auf die kommenden Jahre der St.Galler Politik. Diese Wahl ist eines der ersten Geschäfte in der neuen Legislatur des Kantonsrates. Es ist klar geworden, dass wir eben erst Bekanntschaft mit der neuen arroganten Machtpolitik der Rechten in diesem Kanton machen. Es kommen noch weitere grosse Brocken auf uns zu. Es kann nicht sein, was nicht sein darf: Anstatt die Spitäler mit der besten Kandidatur aus fünf bei der Regierung eingegangenen Bewerbungen zu stärken und fit zu halten im Wettbewerb mit privaten Spitalern, werden Kantonsspital und die Regionalspitäler geschwächt. Man nimmt offensichtlich in Kauf, dass das in langjähriger Arbeit von der zuständigen Regierungsrätin Heidi Hanselmann aufgebaute, klar strukturierte und vergleichsweise kostengünstige öffentliche Gesundheitswesen im Kanton St.Gallen beschädigt wird, nur weil die Kandidatin der Regierung das Parteibuch der SP besitzt.

Zudem kann nicht sein, was nicht sein darf: Weiterhin eine Frau an der Spitze der öffentlichen St.Galler Spitäler? Offensichtlich für die meisten der grauen bürgerlichen Männer undenkbar. Seit 20 Jahren ist die Gleichstellung der Geschlechter in der Bundesverfassung verankert. Hier ist der traurige Beweis,

dass eine Frau immer noch mehr leisten muss, als Männer mit gleichem Leistungsausweis, wenn sie vorwärts kommen will. Hier ist der Beweis, dass noch immer viel zu oft sklerotische Männernetzwerke die grosse Gefahr für Frauenkandidaturen sind. Hier ist der Beweis, dass unser Kampf für die Gleichstellung der Geschlechter im öffentlichen Leben noch lange nicht zu Ende gekämpft ist.

Die SP des Kantons St.Gallen wird sich auch weiterhin für Transparenz und Rechtsstaatlichkeit einsetzen. Und für eine sachbezogene Politik, in der Argumente und nicht einfache Beziehungen weiterhelfen.

02.06.2016

Rückfragen:

- Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP und Grüne
- Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär



SP-Grüne-Fraktion

SP und Grüne bekämpfen den politischen Stillstand

SP und Grüne werden sich in den nächsten Jahren gegen den drohenden finanzpolitischen Stillstand wehren und noch vehementer für eine gerechte, zukunftsfähige Gesellschaft kämpfen. SP und Grüne verlangen, dass der CEO der SGKB die Verantwortung für die vielen Verfehlungen der Hyposwiss übernimmt.

Die Regierung listet in ihrer Antwort auf eine SP-Interpellation zur Verantwortlichkeit von Hyposwiss- und SGKB-Kader gravierende Fehler auf. Die Kosten dafür sind erheblich: Die wohl zweithöchste Busse einer Kantonalbank an die US-Steuerbehörde von über 60 Mio. Fr. hohe Kosten für die betriebsinterne sowie die juristische Aufarbeitung und der massive Reputationsschaden. Dies hält die Regierung in der Beantwortung der Fragen der SP- und Grünen-KantonsrätInnen fest. Erstaunlich daran: Zu diesen teils schockierenden Antworten (eine 60 Mio. Franken-Busse ist nicht alltäglich!) schweigen die bürgerlichen Parteien konsequent.

Keine befriedigende Antwort erhielten SP und Grüne zur Verflechtung zwischen Hyposwiss und SGKB-Management. CEO der SGKB ist Roland Ledergerber, der ehemalige UBSBanker war der führende strategische Kopf hinter der

aggressiven Auslandstrategie der Staatsbank via Tochtergesellschaften. Als CEO der St.Galler Kantonalbank war er zugleich Präsident des Verwaltungsrats Hyposwiss Zürich. Der Verwaltungsrat der Hyposwiss war über die Kundenberatung und –akquisition in den USA informiert. „Roland Ledergerber

steht aus unserer Sicht in der direkten Verantwortung für die Fehler der Geschäftstätigkeiten der Hyposwiss“, so Peter Hartmann am Dienstag im Kantonsrat. „SP und Grüne fordern Roland Ledergerber auf, die Verantwortung für die Fehler in der Geschäftstätigkeit zu übernehmen und den Platz frei zu machen.“

Rechnung 2015

Das aus früheren Jahren bekannte Prozedere um die Rechnung löst bei der SP-Grünen-Fraktion Unbehagen aus. 2015 war ein satter Verlust budgetiert. Und wie schon in den letzten Jahren schliesst die Rechnung mit einem Ertragsüberschuss. Heuer sind es bemerkenswerte 154.5 Mio. Dies bedeutet eine Verbesserung von 180 Mio. gegenüber dem Budget. Hauptgründe für den wesentlich besseren Rechnungsabschluss sind die nicht budgetierte Gewinnausschüttung der SNB von 80.7 Mio. Franken und höhere Steuererträge. Ende 2015 weist das Eigenkapital erstmals wieder einen höheren Bestand auf, es beträgt aktuell 735 Mio. Franken. Das Prozedere dient aus Sicht der SP und der Grünen einem Zweck: Es soll weiterhin Druck auf die Ausgabenseite ausüben; es verankert die Sparmentalität fest in den Köpfen der bürgerlichen PolitikerInnen. Mit unabherrschbaren Folgen auch auf die Bevölkerung: Wie das Volksnein zur EXPO 27 letzten Sonntag vor Augen führt, haben es grössere, kreativere Zukunftsprojekte seit einiger Zeit in unserem Kanton schwer.

Auch das Nein des Kantonsrats zum Klanghaus im Obertoggenburg fällt in diese Kategorie der defensiven Angstentscheide.

Aus Sicht der SP-Finanzpolitikerin Bettina Surber ist klar: „Mit dem Besserabschluss in der Rechnung 2015 besteht für die Zukunft wieder etwas Spielraum. Wir hoffen, der Kantonsrat wird wieder in der Lage sein, Überschüsse in die Zukunft unseres Kantons zu investieren. Wir wollen St.Gallen weiter entwickeln und vorwärts bringen.“ Dem hält Laura Bucher, wie Surber in der Fiko, entgegen: „Wir fürchten aber eher, dass der Rat auf Vorrat sparen will und das Geld in neue Steuersenkungen investiert.“ Anlass zu dieser Sorge geben der SPGrüne-Fraktion die nicht zuletzt die neuen Mehrheitsverhältnisse im Rat verbunden mit einer spürbaren Verhärtung der Linien.

Bewährter Verwaltungsrat der Spitalverbunde

75 bis knapp 90 Prozent SG sagten im letzten November ja zu den Spitalneubauten im Kanton St.Gallen. Kostenpunkt: Fast 1 Mrd. Franken. Der Verwaltungsrat der Spitalverbunde muss neu die Umsetzung der Erneuerung der Spitäler meistern. Die Genehmigung der Wahl der Präsidentin des Verwaltungsrates wurde nach der Ablehnung der Kandidatin der Regierung, Marianne Mettler, abgeblasen. „Trotzdem: Der Verwaltungsrat muss rasch und solide weiterarbeiten können“, so Peter Hartmann, Präsident der SP-Grüne-Fraktion. Die Frage, die sich aufgrund der gehässigen öffentlichen Debatte der letzten Wochen immer wieder stellt: Wer stellt sich nach diesem öffentlichen Verriss überhaupt noch für das Verwaltungsratspräsidium zur Verfügung? „Natürlich niemand“, beantwortete SP-Grüne-Fraktionspräsident Peter Hartmann seine eigene rhetorische Frage. „Denn die Person wird absehbar beschädigt, solange der Kantonsrat für die Genehmigung der Wahl der Regierung zuständig ist.“ Aus diesem Grund reichte die SP-Grüne-Fraktion eine dringliche Motion für die Aufhebung der Genehmigungspflicht ein.

SVP, FDP, CVP sehen dies immer noch anders: Die Dringlichkeit wurde mit 86:26 geschlossen abgelehnt. Damit tragen sie die Verantwortung für das nächste politische Gezerre beim nächsten Wahlvorschlag.

08.06.2016

Rückfragen:

- **Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-GRÜ**
- **Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär SP SG und Fraktionssekretär**



SP Kanton Appenzell Innerrhoden

SP AI Abstimmungsparolen zum 5. Juni 2016

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) hat die Parolen zu den fünf eidgenössischen Vorlagen vom 5. Juni gefasst. Die Entscheidungen fielen bei der Asylgesetzrevision, der «Milchkuh-Initiative» und der Initiative «Pro Service public» einstimmig. Die beiden weiteren Vorlagen wurden kontrovers diskutiert.

Asylgesetzrevision:	Ja	
Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»:	Ja	
«Milchkuh-Initiative»:	Nein	
Initiative «Pro Service public»:	Nein	
Präimplantationsdiagnostik:	Stimmfreigabe	
10. Mai 2016		SP AI
Kontakt:	Martin Pfister, Präsident	
	Erich Kiener, Co-Parteisekretär	

Transparenz bei «Panama Papers»

Die Enthüllungen über die «Panama Papers» erschüttern die Finanzwelt. Deshalb wendet sich die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) an die Ständekommission mit der Bitte, Klarheit zu schaffen, ob Anzeichen auf Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug von juristischen oder natürlichen Personen mit Sitz in Appenzell Innerrhoden bestehen.

Die Veröffentlichungen über die «Panama Papers» deckten ein breites und beunruhigendes System von «Trusts» und Briefkastenfirmen auf, die teilweise missbraucht werden, um Steuern zu hinterziehen oder sogar Geld zu waschen. Medienberichte haben aufgezeigt, dass die Schweiz hinter Hongkong und Grossbritannien am meisten Briefkastenfirmen mit Domizil in Steuerparadiesen wie Panama verwaltet. Mittlerweile wurde eine Datenbank mit Rohdaten von über hunderttausenden Briefkastenfirmen erstellt. Der «Appenzeller Volksfreund» veröffentlichte in der Ausgabe vom Mittwoch, 11. Mai 2016,

dass auf dieser Liste der «Offshore Leaks» auch eine Firma aus Appenzell aufgeführt ist.

Briefkastenfirmen mit Sitz in unserem Land müssen ihre Gewinne auch hier versteuern. Aus Sicht der SP AI ist die öffentliche Hand aufgefordert, einen Weg aufzuzeigen, wie man eine strafrechtliche Überprüfung der «Panama Papers» organisieren kann. Schliesslich liegt es im Interesse der Betroffenen, nicht versehentlich oder fälschlicherweise an den Pranger gestellt zu werden. Auch der Finanzplatz Schweiz muss interessiert sein, möglichst bald Klarheit zu schaffen.

Die SP AI lädt deshalb die Ständekommission in einer schriftlichen Anfrage ein, die veröffentlichten Daten in geeigneter Weise auszuwerten und Transparenz zu schaffen, ob auch juristische oder natürliche Personen aus Innerrhoden in Steuerhinterziehung oder Steuerbetrug involviert sind.

16. Mai 2016 SP AI
Kontakt: Martin Pfister, Präsident
Erich Kiener, Co-Parteisekretär

Beschleunigte Asylverfahren und Recht auf Arbeit

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) fasste einstimmig die Ja-Parole zur Asylgesetzrevision. Diese Vorlage ist ein sinnvoller politischer Kompromiss und bringt Fortschritte – insbesondere mit beschleunigten Asylverfahren und einem gesetzlich verankerten Recht auf Arbeit.

Die Bilder, welche uns seit Monaten von Idomeni, Lampedusa oder Mazedonien erreichen, machen fassungslos. Wie kann Europa als reichster Kontinent derart hilflos auf menschliches Leid reagieren? Zu Recht wird die Kritik an der europäischen Asylpolitik immer lauter. Umso wichtiger ist in unserem Land eine gute Organisation der Aufnahme von Menschen auf der Flucht. Dazu trägt die Asylgesetzrevision bei, über die am 5. Juni abgestimmt wird. Diese Vorlage will vor allem eines: beschleunigte faire Asylverfahren.

Diese Verfahren sollen künftig in einem der sechs neuen Bundeszentren innerhalb von maximal 140 Tagen durchgeführt werden. Erst wenn es sich um komplexere Situationen handelt, werden sie zur weiteren Bearbeitung an die Kantone überwiesen. Damit diese Beschleunigung klappt, findet neu alles unter einem Dach statt. Die unentgeltliche Rechtsberatung und -vertretung werden in

diese Bundeszentren integriert. Damit sind die Wege kürzer und die neu geschaffene systematische Rechtsvertretung schafft Orientierung im Labyrinth der Asylverfahren. Erfahrungen im Testzentrum in Zürich sind ermutigend. Die Verfahren werden kürzer und bleiben fair. Asylsuchende sind besser über

den Asylprozess informiert. Dadurch stossen die Entscheide bei ihnen auf mehr Akzeptanz. Diese Gesetzesvorlage verkürzt nicht nur die leidigen Wartezeiten auf einen Entscheid. Sie verbessert auch die Integration von Asylsuchenden, weil erstmals ein Recht auf Arbeit vorgesehen ist, sobald sie das Bundeszentrum verlassen. Bisher gilt ein absolutes Arbeitsverbot für mindestens drei Monate.

Das Referendum dieser Revision hat nur einen Absender: die SVP. Sie zeigt einmal mehr, dass es ihr um das Bewirtschaften der Asylthematik statt um konstruktive Lösungen geht. Es besteht nun die erstmalige Chance, in einer breiten Koalition der meisten politischen Parteien mit den Flüchtlingshilfswerken die reine Verschärfungslogik früherer Asylgesetzrevisionen zu durchbrechen und für Menschen, welche in Not bei uns anklopfen, die Situation zu verbessern.

22. Mai 2016

Kontakt:

SP AI

Martin Pfister, Präsident
Erich Kiener, Co-Parteisekretär

Beitrag zu würdigem Alter in Appenzell

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) ist erfreut über das neue bezugsbereite Alters- und Pflegezentrum Appenzell. Mit diesem attraktiven Neubau wird 63 Menschen im Alter eine wohnliche Umgebung geboten. Der «Alpsteeblick» trägt zusammen mit weiteren Institutionen und Angeboten in unserem Kanton zu einem würdigen Alter bei. Die SP AI wünscht allen BewohnerInnen und MitarbeiterInnen einen gelungenen Start am neuen Ort und hofft, dass der Leitspruch «Do bin i deheem» für möglichst viele zutrifft.

23. Mai 2016

Kontakt:

SP AI

Martin Pfister, Präsident
Erich Kiener, Co-Parteisekretär

Nein zur Privatisierung des Service public

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) fasste die Nein-Parole zur Initiative «Pro Service public». Diese Initiative trägt einen

Titel, der das Gegenteil dessen verspricht, was sie fordert. Sie gefährdet die Errungenschaften unserer gut ausgebauten Dienstleistungen. Mit ihr werden bundesnahe Betriebe ausgehöhlt und der Service public privatisiert.

Die von verschiedenen Konsumentenzeitschriften lancierte Initiative «Pro Service public» will den bundesnahen Betrieben die Erwirtschaftung eines Gewinns verbieten. Auch soll der Bund in der Grundversorgung dieser Betriebe auf eine Quersubventionierung verzichten und keine fiskalischen Interessen verfolgen. Die Löhne und Honorare der MitarbeiterInnen bundesnaher Unternehmen dürfen ausserdem nicht über denjenigen der Bundesverwaltung liegen. Diese Initiative ist zwar gut gemeint, jedoch für die Förderung eines gut funktionierenden Service public kontraproduktiv.

Die Post gehört immer noch dem Bund. Die Swisscom konnte vor der vollständigen Privatisierung bewahrt werden. Auch die SBB funktioniert als komplettes Bahnunternehmen. Dies ist das Ergebnis eines mit aller Kraft geführten Einsatzes für den Service public in unserem Land. Es wäre ein Eigentor, mit einer Annahme dieser Initiative den Teppichetagen von Post, SBB und Swisscom wegen hoher Managerlöhne, der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen oder der Schliessung von Poststellen einen Denktzettel zu verpassen. Die Löhne aller Mitarbeitenden – nicht nur jener der Manager – würden sinken. Die bundesnahen Betriebe würden geschwächt, weil sie in ein sehr enges finanzielles Korsett gezwängt würden. Dies bedeutet die Auslagerung aller rentabler Dienste. Die Mobiltelefonie bei der Swisscom, die Paketpost und die SBB-Immobilien würden privatisiert, statt, dass sie – wie bisher – mit ihren Gewinnen den Unterhalt dieser Betriebe mitfinanzieren.

Ein Markenzeichen unseres Landes sind starke und gut ausgebauten Dienstleistungen. Dies beweisen die SBB mit ihrem dichten Schienennetz, die Swisscom mit einem hohen Ausbaustandard von Telekommunikation und Internet sowie unsere Postzustellung. Diese hohe Qualität verdanken wir der Tatsache, dass der Service public nicht dereguliert und seine Unternehmen nicht ausgehöhlt und privatisiert wurden. Die «Service-public-Initiative» gefährdet nun genau diese Errungenschaften. Die SP AI steht für einen weiterhin guten Ausbau der Dienstleistungen in unserem Land ein. Deshalb sagt sie «Nein» zu dieser Initiative, die eigentlich eine Vorlage gegen den Service public ist.

24. Mai 2016

Kontakt:

SP AI

Martin Pfister, Präsident
Erich Kiener, Co-Parteisekretär

Bedingungsloses Grundeinkommen – Investition in unsere Zukunft

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) sagt nach kontrovers geführter Debatte «Ja» zur Initiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen». Diese Initiative ist eine Antwort auf den künftig technologisch bedingten Verlust an Arbeitsplätzen und ein Konzept für eine gerechtere Verteilung von Einkommen. Dabei geht es um die Stärkung der Menschenwürde im Wandel unserer schnelllebigen Zeit.

Diese Initiative will ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen in unserem Land einführen, damit alle Anspruch auf ein würdiges Leben haben. Häufig wird Bedürftigen, welche Sozialhilfe beziehen – wie IV-RentnerInnen, Arbeitslose oder Asylsuchende – Misstrauen entgegengebracht. Sie werden als Schmarotzer oder Simulanten stigmatisiert. Das sind u.a. Gründe, dass über 200'000 in Not geratene Menschen in unserem Land ihr Recht auf öffentliche Unterstützung nicht in Anspruch nehmen. Ein bedingungsloses Grundeinkommen kann dies ändern. Erst wenn alle eine Rente erhalten, muss sich niemand mehr dafür schämen. Mit der Einführung der AHV haben wir diesen Zustand für Menschen im Pensionsalter bereits erreicht. Das bedingungslose Grundeinkommen könnte zum Sozialwerk der Zukunft werden.

Erstmals in der Geschichte der Technologie werden mehr Arbeitsplätze zerstört als geschaffen. Es ist längst eine schleichende Roboterisierung im Gange und der technische Fortschritt führt zum Verschwinden immer mehr gut bezahlter Stellen. Damit schrumpft der Mittelstand. Einkommen und Vermögen konzentrieren sich bei den Reichen. Roboter konsumieren jedoch nichts – ausser eine grosse Menge Energie. Arbeitslose oder Unterbeschäftigte können nicht mehr konsumieren, weil sie zu wenig verdienen. Ein Grundeinkommen könnte diese Diskrepanz auffangen und unsere Gesellschaft vor einer steigenden Vermögensungleichheit bewahren.

Die Finanzierung dieses bedingungslosen Grundeinkommens ist im Initiativtext nicht bestimmt. Sie muss bei einer Annahme vom Parlament festgelegt werden. Es erfordert eine steuerpolitische Neuausrichtung. Bereits heute gelangen wir an die Grenzen der Finanzierung unserer Sozialwerke. Gründe dafür sind kürzere Arbeitszeiten, wachsende Lohnarbeitslosigkeit und der demographische Wandel. Die vom Zürcher Finanzunternehmer Felix Bolliger und vom Ökonomen Marc Chesney von der Universität Zürich vorgeschlagene Mikrosteuer auf dem gesamten elektronischen Zahlungsverkehr ist eine sinnvolle Va-

riante. Denn eine solche einfache Steuer von 0,2 Prozent pro Zahlung würde mehr einbringen als alle heute in unserem Land durch unser kompliziertes Steuersystem erhobenen Einnahmen. Damit würde auch jede im Sekundentakt getätigte elektronische Buchung auf den mächtigen Finanzmärkten besteuert.

Zum Schluss noch dies: Credit Suisse und UBS haben ihren CEOs bereits über Jahre hinweg mit Löhnen und Boni ein bedingungsloses Grundeinkommen in jährlich zweistelliger Millionenhöhe ausbezahlt – ohne Bezug zu erbrachten Leistungen. Und Arbeitnehmende haben bisher zur stetigen Steigerung von Produktion und Kapital beigetragen. In einer Zeit, in der unsere Gesellschaft immer produktiver wird, jedoch gleichzeitig Armut erzeugt, ist es angebracht, ihnen etwas zurückzugeben.

Die SP AI sagt «Ja» zu einem bedingungslosen Grundeinkommen, weil dieses Modell Antworten auf wichtige gesellschaftliche Herausforderungen unserer Zukunft gibt.

29. Mai 2016
Kontakt:

SP AI

Martin Pfister, Präsident
Erich Kiener, Co-Parteisekretär

Bewährtes erhalten!

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) sagt «Nein» zur Initiative «Für eine faire Verkehrsfinanzierung». Diese sogenannte «Milchkuh-Initiative» würde unser bewährtes Verkehrskonzept gefährden und ein Milliardenloch in die Bundeskasse reissen. Schmerzhaftes Sparübungen unter anderem beim öffentlichen Verkehr in der Region wären die Folge.

Die Strassenfinanzierung auf Bundesebene erfolgt über Einnahmen aus der Autobahnvignette und aus einer Hälfte der Einkünfte aus der Mineralölsteuer. Die andere Hälfte fliesst in die Bundeskasse. Darauf zielt diese Initiative. Sie will diese Einnahmen der Mineralölsteuer vollumfänglich in die Strasseninfrastruktur investieren. Ausserdem soll jede Einführung oder Erhöhung von Steuern, Gebühren und Abgaben im Strassenverkehr dem fakultativen Referendum unterstellt werden.

Seit Jahren klagt die Autolobby über finanzielle Überbelastungen der NutzerInnen des Strassenverkehrs. Tatsächlich sind ihre Abgaben seit über zwanzig Jahren weder erhöht noch der Teuerung angepasst worden. So wurde auch 2013 eine Erhöhung der Autobahnvignette an der Urne abgelehnt. Alle Einnah-

men aus der Mineralölsteuer ausschliesslich zweckgebunden zu verwenden, wäre atypisch. Auch andere Steuern fliessen in den allgemeinen Staatshaushalt.

So werden beispielsweise Tabak- oder Alkoholsteuern nicht nur spezifisch für die Suchtprävention eingesetzt.

Die Schweiz verfügt über eines der besten Verkehrssysteme der Welt. Im Zusammenspiel zwischen privatem und öffentlichem Verkehr werden unsere Zentren miteinander verbunden und die ländlichen Regionen profitieren von einer guten Erschliessung. Um Staus zu verhindern, braucht es ein koordiniertes Zusammenspiel von Strasse und Schiene. Auch die Finanzierung erfordert eine Koordination der Einnahmen aus privatem und öffentlichem Verkehr.

Die «Milchkuh-Initiative» gefährdet jedoch dieses bewährte Verkehrssystem und dessen Finanzierung. So würde die Teilfinanzierung der Bahninfrastruktur durch die Mineralölsteuer, welche im Jahre 2014 mit der Vorlage zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (FABI) deutlich angenommen wurde, in Frage gestellt. Zudem reisst dieser egoistische Raubzug der nimmersatten Auto-lobby ein Loch von jährlich 1,5 Milliarden Franken in die Bundeskasse. Die Folge davon sind weitere Sparprogramme. Beim öffentlichen Verkehr müssten jährlich 250 Millionen Franken gespart werden. Aus diesen Gründen sagt die SP AI «Nein» zu dieser Initiative.

Zum Schluss noch ein Hinweis zur «Änderung des Fortpflanzungsmedizinengesetzes»: Diese Abstimmungsvorlage bietet die Chance für eine ethische Diskussion über die Entwicklung der Fortpflanzungsmedizin. Für diese Gesetzesvorlage, zu der das Referendum ergriffen wurde, hat die SP AI keine Abstimmungsempfehlung beschlossen. Es geht dabei weniger um eine parteipolitische als um eine ethische Frage, die jeder Mensch auf Grund seiner persönlichen Haltung beantworten soll.

31. Mai 2016

Kontakt:

SP AI

Martin Pfister, Präsident

Erich Kiener, Co-Parteisekretär

Asylpolitik:

Gemeinsam Lösungen erarbeiten

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) nimmt die schweizweite Zustimmung zur Asylgesetzrevision mit grosser Genugtuung zur

Kenntnis. Das Schweizer Stimmvolk hat mit raschen und fairen Verfahren Fakten für eine glaubwürdige Asylpolitik geschaffen.

Für die SP AI beruht die Bewältigung künftiger Herausforderungen in der Asylpolitik auf der bewährten konstruktiven Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Ein Beispiel dieser koordinierten Aufgabenteilung ist das Innerrhoder Integrationsprogramm (KIP) 2014–2017, das auf «Erstinformationen und Beratung», auf «Bildung und Arbeit» sowie auf «Verständigung und Integration» basiert. Die Innerrhoder «Arbeits- und Integrationsbrücke», die im «Appenzeller Volksfreund» vom vergangenen Samstag vorgestellt wurde, eröffnet MigrantInnen wichtige Grundlagen für das Bestehen im Arbeitsmarkt. Die SP AI hofft, dass Menschen, die aus Not bei uns anklopfen, im breiten Angebot lokaler Betriebe wie auch im regen Vereinsleben unseres Kantons Fuss fassen können.

Eine glaubhafte Asylpolitik bedingt auch ein internationales Engagement – mit einer dringend notwendigen fairen Verteilung von Asylsuchenden auf die europäischen Staaten, mit einer wirksamen Hilfe vor Ort in Krisengebieten oder mit dem Aufbau weiterer funktionierender Kooperationen mit Herkunftsstaaten. So kann unsere Gesellschaft ihre humanitäre Tradition fortsetzen und zu hoffnungsvolleren Perspektiven für Menschen im Schatten dieser Welt beitragen.

06. Juni 2016

Kontakt:

SP AI

Martin Pfister, Präsident

Erich Kiener, Co-Parteisekretär

Ihre Maske ist gefallen!

Sehr geehrter Herr Landammann und Nationalrat Daniel Fässler

Gemäss Medienmitteilung des «Appenzeller Volksfreunds» vom Samstag, 11. Juni 2016 präsidieren Sie seit Neustem neben Ihrem Amt als Landammann und Nationalrat auch noch den «Verband der Immobilien-Investoren» (VII). Sie vertreten nun die Interessen von Versicherungsgesellschaften und Banken im Immobilienbereich sowie von grossen Immobilien-Investoren wie «UBS», «Swiss Re» oder «Swiss Prime Site». Die Mitglieder Ihres Verbandes setzen auf Immobilien als beliebige Anlageklasse, deren Rendite zu maximieren ist. Diese haben jedoch unterschiedliche Interessen und stehen gar in Konkurrenz zueinander. Börsenkotierte Immobiliengesellschaften und Banken-Fonds operieren mit ausländischen Geldern und verdrängen damit unser einheimisches Pensionskassenkapital.

Fortan sind Sie Nationalrat mit Sitz in der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie (UREK), Landammann und Regierungsrat im Innerrhoder Volkswirtschaftsdepartement und oberster Interessenvertreter des Verbandes der Immobilieninvestoren. Diese Zuspitzung Ihrer Ämterkumulation und diese Interessenskonflikte nehmen wir mit grosser Besorgnis zur Kenntnis. Sie haben schon mehrmals bewiesen, dass Sie mit Ihrer Politik wirtschaftliche Partikularinteressen vertreten und so anderslautende Versprechen zu Makulatur verkommen lassen.

Als Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden stellen wir Ihre Interessensverflechtungen immer wieder in Frage. Dies gilt auch für Ihr Engagement als Co-Präsident der Gruppe «Für eine moderne Lex Koller» mit dem Ziel, die Verschärfung der «Lex Koller» zu bekämpfen. Damit tragen Sie dazu bei, dass der Schweizer Immobilienmarkt weiterhin den ausländischen Investoren preisgegeben wird. Ebenfalls weisen wir Sie darauf hin, dass wir auch künftig für bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum eintreten. Wir werden nicht zulassen, dass der Mittelstand, der in unserem Kanton wohnt und sich hier engagiert, die Gewinne der Immobilienkonzerne und deren Anleger finanzieren muss – insbesondere wenn diese Gewinne ins Ausland abfliessen und nicht wenigstens unseren Pensionskassen zu Gute kommen.

Freundliche Grüsse
13.06.2015

SP AI
Kontakt:
Martin Pfister, Präsident
Erich Kiener, Co-Parteisekretär

SPD Deutschland

SPD Baden-Württemberg

Rückwärtsgang in Europa- und Integrationspolitik

Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt kritisiert Ressort-Entscheidungen der neuen Landesregierung

„Europa ist für Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung“, so die Hohenloher SPD-Europaabgeordnete **Evelyne Gebhardt**. Als Beispiele nennt sie die engen wirtschaftlichen Verflechtungen, politische Projekte wie die Donauraumstrategie sowie die geografische Lage Baden-Württembergs im Herzen des Kontinents. Deshalb sei es gut und richtig gewesen, dass es für den Bereich Europa im Land bisher ein eigenes Ressort gegeben habe, sinnvoll ergänzt durch die Zuständigkeit für Bundes- und internationale Angelegenheiten.

„Die neue grün-schwarze Landesregierung wertet die Europapolitik massiv ab, indem sie sie zum Anhängsel des Justizministeriums macht. Das ist ein schwerer Fehler“, kritisiert Evelyne Gebhardt. Dies lege nahe, dass Europa bei der neuen Landesregierung keinen hohen Stellenwert genieße.

Ebenso negativ beurteilt die SPD-Politikerin Gebhardt, die seit 1994 dem Europäischen Parlament angehört, die Abschaffung des von der Vorgängerregierung neu eingerichteten Integrationsministeriums. „Das Integrationsministerium war bundesweit einmalig und ein Meilenstein in der deutschen Integrationspolitik“, so die Deutsch-Französin.

Schon vor Beginn der Flüchtlingskrise habe das Land mit diesem Ressort wichtige Weichenstellungen vorgenommen und Zuständigkeiten sinnvoll gebündelt. „Es ausgerechnet jetzt abzuschaffen, ist absurd. Die Integration der bereits zu uns gekommenen Menschen und derer, die noch kommen werden, ist eine der größten Herausforderungen der nächsten zehn Jahre“. Nicht umsonst stellten die Kommunen derzeit vermehrt Integrationsbeauftragte ein. „Und das Land legt den Rückwärtsgang ein, das ist fatal“, so Gebhardt abschließend.

13. Mai 2016

Frederick Wunderle, Leiter Europabüro Künzelsau
Assistent von Evelyne Gebhardt MdEP



Baden-Württemberg

VERTRETUNG DES LANDES
BEIM BUND



Gestatten, Welterbe:

Ausstellungseröffnung „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“

In der Landesvertretung Baden-Württemberg ist ab heute die Ausstellung „Prähistorische Pfahlbauten um die Alpen“ zu sehen. Diese gibt einen Einblick in die als Welterbe ausgezeichneten Pfahlbaustationen in Baden-Württemberg an Bodensee und in Oberschwaben von der Steinzeit um 5000 v. Chr. bis in die Eisenzeit um 500 v. Chr.

Seit Juni 2011 sind die Pfahlbauten um die Alpen als „serielle grenzüberschreitende Welterbe-Stätte“ von der UNESCO anerkannt. 111 Fundstätten in der Schweiz, Frankreich, Deutschland, Österreich, Slowenien und Italien sind auf der Welterbe-Liste verzeichnet, 15 von ihnen liegen in Baden-Württemberg. Die Pfahlbausiedlungen des Alpenvorlandes gehören aufgrund ihrer hervorragenden Erhaltungsbedingungen unter Wasser und unter Moorbedeckung zu den herausragenden Fundstätten Europas. Die Entwicklung vorgeschichtlicher Kulturen, ihrer Technik, Wirtschaft und Umwelt kann auf diese Weise detailgetreu verfolgt werden.

Eröffnet wird die Ausstellung heute um 19:00 Uhr von Dr. Philipp von Rummel, Generalsekretär des Deutschen Archäologischen Instituts. Dann folgt ein Einführungsvortrag von Prof. Dr. Claus Wolf, Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart. Musikalisch umrahmt wird der Abend von den beiden Schülerbands „WeG-Jazzband“ und „HG-BigBand“ aus Heidenheim an der Brenz.

Die Wanderausstellung wurde bereits in verschiedenen Städten Baden-Württembergs sowie im Stadtmuseum von Ljubljana in Slowenien gezeigt. Nun kann sie bis zum 8. Juni in der Landesvertretung besucht werden.

10. Mai 2016

Presse_LV_BW

Lesermeinung zu:

Ein Elefant im Raum - Der Erneuerungsprozess der SPD Bawü

Sehr geehrte Leserinnen und Leser des Roten Seehas,

mit Humor, Witz und Eleganz hat meines Erachtens Luisa Boos die Situation sehr gut beschrieben.

Möchte man nicht sagen, dass Dr. Nils Schmid in seiner ehemaligen Position keine gute Besetzung war, weil er ja eigentlich ein tüchtiger und engagierter Politiker war/ist. Eine Bekannte sagte zu mir: "Er tut mir echt leid! Irgendwie hat er das nicht verdient!"

Ich frage mich, wer ist eigentlich der Elefant? Sigmar Gabriel hat zwar bei seinen Genossen Federn lassen müssen, aber sonst ist nichts passiert! Bei den Grünen hat sich Winfried Kretschmann auch nicht viel um die Meinung seiner Basis geschert - und hat trotzdem gewonnen. Die AfD hat keine guten Taten vorweisen können - und hat trotzdem gewonnen.

Andere Themen wären besser gewesen?

Es gab meiner Meinung nach genügend andere Themen außer der Flüchtlingsfrage, die viele Menschen nur zu gern aufgegriffen hätten! Mir wäre zum Beispiel ein klares Nein zu TTIP, CETA und TiSA wichtig gewesen.

Aber man kann die Wähler anscheinend nicht wirklich durchschauen oder vorhersagen oder auch nachträglich sagen, was man vielleicht hätte besser machen können.

Aber letztendlich sollte die Arbeit der SPD und die gewählten Politiker das widerspiegeln, was die SPD-Mitglieder für wichtig erachten! Was soll das Geschiele auf andere Wählerinnen und Wähler oder Nicht-Wähler*innen?

Wenn die SPD das tut, was ihr wichtig ist, wird sie authentisch arbeiten! Das wiederum kommt dann auch authentisch in der Öffentlichkeit an! Und kann dann auch andere überzeugen!

Wenn man sich aber vor den "Oberen" duckt und die Füße still hält wegen der "Öffentlichkeit" - wo bleibt dann das eigene Profil, der eigene Charakter?

So bitter es ist, Macht und Geldmittel zu verlieren: Ist es nicht ein gutes Gefühl, mal einfach das zu machen, was man für gut und richtig hält - jede/r in ihrer/seiner Umgebung? Was brauche ich, um glücklich und zufrieden zu leben? Was braucht meine nächste Umgebung (nachfragen z.B.)? Wenn die kleinen und großen Ortsvereine dann ihre wichtigen Aufgaben zusammen tragen, sollte es dann nicht möglich sein, ein paar große gemeinsame Themen zu finden?

Dann erst kann man meines Erachtens eine Person finden, die diese Themen wirklich von ganzen Herzen unterstützen will und die das nötige Charisma hat, diesen Willen deutlich zum Ausdruck zu bringen - mit Unterstützung aller Praktiker der Basis und mit Hinweis auf diese Basis (nicht umgekehrt!).

Dann kann auch Herr Stauber einen fröhlicheren Bericht schreiben....

Viel Mut, Aufrichtigkeit und fröhliches, kreatives Herangehen an die kommende Arbeit wünscht

09.05. 2016

Sylva Heinzler, Konstanz

Südwürttemberg

Region Bodensee-Oberschwaben:



Zuerst Engpässe im Schienenverkehr beseitigen

Statt wirksame, kostengünstige und umweltverträgliche Vorschläge für den Schienenverkehr zu machen, präsentiert der Bundesverkehrswegeplan BVWP 2030 in der Bodenseeregion vor allem autobahnähnliche Fernstraßenprojekte für über 900 Millionen Euro. Durch die geplanten zwei bis vier neuen Fahrspuren würde die Strassen-Kapazität mehr als verdoppelt. Neue Projekte für den Ausbau des Eisenbahnnetzes fehlen jedoch im BVWP-Entwurf. Durch den schrittweisen zweigleisigen Ausbau könnte die Kapazität für den Schienenverkehr bis auf das Zwanzigfache gesteigert werden. Die Beseitigung der eingleisigen Engpässe ist eine notwendige Voraussetzung, um in der Bodenseeregion künftig erheblich mehr Verkehr von der Strasse auf die Schiene zu verlagern. Die „Initiative Bodensee-S-Bahn“ hat deshalb beantragt, drei zusätzliche Schienenprojekte in den BVWP 2030 aufzunehmen.

Bisher ist für das Schienennetz in der Region nur geplant, die Allgäubahn München-Memmingen-Lindau und die Südbahn Ulm-Friedrichshafen-Lindau zu elektrifizieren. Die „Initiative Bodensee-S-Bahn“ sieht jedoch auch für die folgenden Schienenprojekte einen vordringlichen Bedarf zur Engpassbeseitigung:

1. Hoahrheinbahn und Bodenseegürtelbahn Basel-Friedrichshafen-Lindau: durchgehend elektrifizieren und die eingleisigen Strecken mit zusätzlichen Ausweichstellen schrittweise auf zwei Gleise ausbauen.
2. Allgäubahn München-Memmingen-Lindau: Abschnitt Buchloe-Hergatz mit zusätzlichen Ausweichstellen schrittweise auf zwei Gleise ausbauen.
3. Gäubahn Stuttgart-Singen: Abschnitt Horb-Hattingen wieder auf zwei Gleise ausbauen.

So ist z.B. die eingleisige Bahnstrecke Radolfzell-Friedrichshafen heute mit 3 Zügen pro Stunde praktisch voll ausgelastet. Auf einer zweigleisigen Bahn-

strecke können hingegen bis zu 60 Züge pro Stunde fahren. Dies entspricht der Beförderungsleistung einer sechsspürigen Autobahn. Deshalb kann in der Bodenseeregion die Verkehrskapazität auf der Schiene erheblich kostengünstiger, schneller und umweltschonender vergrößert werden als auf der Strasse.

Die Bundesregierung ist durch zahlreiche Gesetze, Verträge und Erklärungen verpflichtet, für einen nachhaltigen und umweltschonenden Verkehr zu sorgen. Doch im BVWP-Entwurf wird der Ausbau der regionalen Bahnstrecken mit dem wenig stichhaltigen Argument verweigert, dass diese für den Fernverkehr keine Bedeutung hätten. Denn zum einen verkehren auf diesen Strecken auch gut ausgelastete IRE-Züge über Distanzen von bis zu 300 Kilometer. Zum anderen ist der Bund laut Bundesschienenbaugesetz auch für die Nahverkehrsstrecken zuständig, die sich im Eigentum der DB befinden. Und: Die kosten-trächtigen Strassenprojekte in der Region wurden in den BVWP-Entwurf aufgenommen, obwohl beim Kfz-Verkehrsaufkommen eindeutig der kleinräumige Nahverkehr dominiert.

Klimaschutz erfordert Verkehrsverlagerung

Die geplante Reduzierung der CO₂-Emissionen um 40 % von 1990 bis 2020 macht in vielen Bereichen erhebliche Fortschritte. Nur im Verkehrssektor wurde noch keine nennenswerte Reduktion erreicht. Der BVWP-Entwurf wird diesem drängenden Problem nicht gerecht. Nur wenn mehr Kfz-Verkehr auf Bahn und Bus verlagert wird, können die Klimaziele von Paris erreicht werden. Gleichzeitig lassen sich so die Schadstoffbelastungen senken und die Staus auf der Strasse vermindern. Weitere Vorteile sind der geringere Flächenverbrauch und weniger Verkehrsunfälle.

Um die dicht besiedelte Bodenseeregion attraktiv und lebenswert zu erhalten, ist die legendäre Schwäbische Eisenbahn daher dringend auf den heutigen Stand der Technik zu bringen: als effizientes, komfortables, leistungsfähiges, schnelles, umweltschonendes und zuverlässiges Verkehrsmittel für die Zukunft. Bei der Bereitstellung der Finanzmittel für die Schiene sollte sich die Bundesregierung an den Nachbarstaaten Österreich und Schweiz orientieren: Seit Jahrzehnten liegen dort die Investitionen pro Einwohner um ein Mehrfaches höher als in Deutschland.

10. Mai 2016

Weitere Auskünfte:

Ulrich Bauer, E-Mail Bauer-Wangen@t-online.de
Wolfgang Schreier, E-Mail wmschreier@bluewin.ch
Paul Stopper, E-Mail paul@stopper.ch
oder www.bodensee-s-bahn.org

SPD - Kreisverband Badenseckreis



SPD-OV FN: Fraktion vor Ort – im Zeppelin Museum

Ausstellung „Möglichkeit Mensch“ beeindruckt Fraktionsmitglieder und Gäste



Foto: Archiv SPD FN

Der Einladung ins Zeppelin Museum – dem Museum der Superlativen – folgten die SPD-Fraktionsmitglieder gerne. Zumal die Ausstellung „Möglichkeit Mensch“ in den beiden

Teilen „Leichter als Luft“ mit diversen Großexponaten im Erdgeschoss und der Kunst im Spannungsfeld Technik / Digitalität / Ethik im Obergeschoss schon im Vorfeld viel versprach – und dies im Nachhinein auch hielt. Fraktion und Jusos der Hochschulgruppe ZU, die ebenfalls mit dabei waren, zeigten sich von den Einführungen der Museumsdirektorin Frau Dr. Emmert begeistert und beeindruckt.

Dass das Museum seiner Beschreibung als Erlebnisort der besonderen Art mehr als gerecht wird, davon konnten sich die SPD-Fraktionsmitglieder und die Mitglieder der Juso-Hochschulgruppe der ZU beim geführten Rundgang durch die Ausstellung „Möglichkeit Mensch“ überzeugen.

Bereits im Erdgeschoss gab es unter der Überschrift „Technik“ einiges zu sehen und staunen, so unter anderem der Ballonkorb von Eduard Spelterini (um 1900) der damit mehrfach über die Alpen fuhr und bei einer dieser Gelegenheiten auch die Bekanntschaft mit Ferdinand Graf von Zeppelin machte, der sich zu dieser Zeit schon mit der Konstruktion eines lenkbaren Luftschiffes beschäftigte – womit dann auch wieder der konkrete Bezug zu Friedrichshafen hergestellt wäre.

„Der Mensch schafft und erschließt sich immer wieder neue Räume. Weil er die Möglichkeit hat und die technischen Fähigkeiten. Weil ihn die Neugier antreibt und ihm der Drang zur Selbstverwirklichung gegeben ist. Weil er immer auf der Suche ist. Der Wille zur Optimierung und die Lust am Risiko treiben ihn an.“

Unter der Führung von Frau Dr. Emmert ging es anschließend nach oben in die Kunstaussstellung – wo es aufgrund der ethisch-moralischen Grenzgänger unter den Exponaten beim ein- oder anderen Fraktionsmitglied zu Gänsehaut-Attacken kam.

Am Ende der Zeit war noch viel Entdeckerlust übrig, so dass sich Jusos und Gemeinderatsmitglieder einig waren: Mit mehr Zeit wieder kommen lohnt sich, auch um sich beim zweiten Besuch unter anderem das Ergebnis des Jesus-Castings in der Videobox anzusehen.

Link zur Ausstellung, die noch bis zum 09. Oktober 2016

läuft: <http://www.zeppelin-museum.de/de/ausstellungen/ausstellung.php?event=72>

Das **Zeppelin Museum** präsentiert auf 4000 m² Ausstellungsfläche seine weltweit größte Sammlung zur Luftschiffahrt als multimediale Erzählung lebendiger Geschichte, über mutige Menschen und technische Höchstleistungen.

Weltweit einzigartig Im Zeppelin Museum ist die weltweit größte Sammlung zur Luftschiffahrt ausgestellt, zudem können die begehbaren Passagierräume der Hindenburg (LZ 129) im originalgetreuen Nachbau erlebt werden.

Meister der Kunst Das Zeppelin Museum verfügt über eine Kunstsammlung, die die größten Meister aus Süddeutschland vom Mittelalter bis zur Neuzeit versammelt und einen Bogen vom Mittelalter bis zur zeitgenössischen Kunst spannt.

1.500 Exponate In der denkmalgeschützten Bauhaus-Architektur des Zeppelin Museums sind auf über 4.000 Quadratmetern Ausstellungsfläche rund 1.500 Exponate zu entdecken, darunter viele Highlights, die bisher im Depot schlummerten.

Finanzierung Das Zeppelin Museum wird als städtische GmbH durch Freiwilligkeitsleistungen aus dem Städtischen Haushalt und dem Stiftungshaushalt, sowie vom Freundeskreis finanziert, der mit seinen weltweit rund 1.600 Mitgliedern als Gesellschafter 30% der Anteile hält.

1. Juni 2016 | [Christine Heimpel](#)

Wer ist das Volk?

Die beiden folgenden Beiträge befassen sich mit der ehrenamtlichen Flüchtlingshilfe in unserer Region. Willi Bernhard, im Bodenseekreisverband bekannt als ehemaliger Medienreferent (auch bei der GEW und der SBI), als nicht immer bequemer Kritiker in der Parteiarbeit, bringt auch Erfahrungen mit aus der Flüchtlingsarbeit der Zeit des Bürgerkriegs im Libanon und der Balkankriege.

So ist es auch nicht verwunderlich, dass er sich auch jetzt wieder engagiert. Besonders interessant daran ist es, dass sein Bericht **„Engagement in der örtlichen Flüchtlingshilfe“** Einblicke aus der Sicht der Helfer gewährt. Beim Lesen wird klar, dass ein solches Engagement die Kräfte der HelferInnen eigentlich überfordert, da es den Rahmen der Ehrenamtlichkeit überschreitet. Kein Wunder, dass Bürokratie und Ehrenamt hier immer wieder kollidieren. Deutlich wird hier auch, dass durch diese ehrenamtlich arbeitenden Menschen unser Volk eher repräsentiert wird als durch die „Wir sind das Volk“-Schreier.

30.05.2016

Karl-Heinz König

Ehrung durch den Parteivorstand in Berlin

Am Samstag, 29. August 2015, hatte der Parteivorstand der SPD einige hundert ehrenamtliche Flüchtlingshelfer/innen aus den einzelnen Bundesländern (als Mitglieder der SPD) nach Berlin in das Haus der Abgeordneten neben dem Reichstagsgebäude eingeladen. Sigmar Gabriel und die damalige SPD-Generalsekretärin Fahimi würdigten in ihren kurzen Ansprachen das unverzichtbare ehrenamtliche Engagement vor Ort in der Flüchtlingshilfe als einen überaus wichtigen Beitrag zur Integration der schutzsuchenden Menschen aus den Kriegs- und Krisengebieten in Afrika und dem Vorderen Orient (besonders Syrien). Die SPD wolle dieses persönliche Engagement mancher Genossin, manches Genossen bei der „Jahrhundertaufgabe“ (so Steinmeier) der Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge nicht einfach nur zur Kenntnis nehmen und auf sich beruhen lassen, sondern mit so einer Einladung nach Berlin eigens anerkennen.

„Ihr repräsentiert eine der stolzesten Traditionen unserer Partei. Ihr sorgt dafür, dass wir diese große Herausforderung mit Zuversicht und Realismus angehen“ sagte Sigmar Gabriel in seiner Rede bei diesem Empfang für die Ehrenamtlichen.

Neben einem gemeinsamen Gruppenfoto auf dem Balkon des Reichstagsgebäudes und einem kleinen Imbiss mit Getränk bestand die Gelegenheit zum Austausch der Ehrenamtlichen untereinander über die Erfahrungen bei der täglichen Arbeit.

Außerdem nutzten Sigmar Gabriel, Manuela Schwesig, Aydan Özoguz, Christine Lambrecht und Yasmin Fahimi die seltene Möglichkeit zum unmittelbaren Dialog mit den Praktikern vor Ort zu den Konsequenzen der politischen Entscheidungen in Berlin beim Asylrecht und der Politik für Flüchtlinge. Die Ehrenamtlichen gaben ihrerseits gerne Hinweise zu Verbesserungsmöglichkeiten bei den Sprach- und Integrationskursen, bei der Sozialarbeit, bei der medizinischen Versorgung und bei den schwierigen Aufgaben der Anschluss-Unterbringung in separaten Wohnungen und in den Arbeitsmarkt an die anwesenden Politiker/innen weiter.

Der Empfang fand statt unter dem Eindruck der Nachrichten von den unwürdigen Verhältnissen an der ungarischen Grenze oder im Bahnhof von Budapest, wo Tausende von Flüchtlingen auf ein rasches Weiterkommen nach Österreich

und Deutschland (oder Skandinavien/Schweden) hofften. Am 4./5. September 2015 äußerte ja dann die Bundeskanzlerin Merkel ihren spontanen Satz „Wir schaffen das.....“, der in den folgenden Monaten viele Kontroversen ausgelöst hatte.

Abschließend nahmen alle anwesenden Ehrenamtlichen aus den Händen von Sigmar Gabriel und Manuela Schwesig eine persönliche Anerkennungsurkunde in roter Umschlagsmappe, mit Ehrennadel u. dergl. entgegen. Aus Baden-Württemberg waren drei Ehrenamtliche bei diesem Empfang mit von der Partie, zwei Genossinnen aus Baden, aus Karlsruhe und aus Heidelberg, sowie einer aus dem Württembergischen, aus Meckenbeuren (auf besonderen Vorschlag des SPD-Regionalzentrums Biberach an den Parteivorstand in Berlin). Eine solche Ehrung hätten freilich auch andere in den Ortsvereinen und Kreisverbänden hierzulande (in Südwürttemberg) verdient, gleich welches zeitliche oder organisatorische Ausmaß ihre ehrenamtliche Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe vor Ort- wöchentlich oder in einem Monat - umfasst.



Empfang des SPD-Vorstandes für SPD'ler im ehrenamtlichen Engagement in der Flüchtlingshilfe 29. August 2015 im Berliner Reichstag Foto: Dirk Bleicher, Vorwärts-Redaktion 24.05.2016 W.Bernhard

Engagement in der örtlichen Flüchtlingshilfe

Es kommt in der Provinz zwischen der Donau und dem Bodensee nicht alle Tage vor, dass man nach dem erheblichen Einsatz im Kommunalwahlkampf 2014 sich um anschließende Aktivitäten (1Stammtischgespräch pro Quartal) vor Ort

kümmert. Als Alternative zum gewohnten „Winterschlaf“ bis zum nächsten Wahlkampf gedacht, wie man es da und dort beobachten muss. Und schon beim 1. geplanten Stammtisch, im Herbst 2014, halst man sich die Konstituierung eines überparteilichen Helferkreises in der Flüchtlingshilfe auf.

Im Wohnbezirk Kehlen in Meckenbeuren wurde zu diesem Zeitpunkt eine neue Gemeinschaftsunterkunft, fast vor der eigenen Haustüre, gebaut. Diese sollte bald (nach Ostern 2015) mit ca. 40 Flüchtlingen (Familien mit Kindern und einzelnen jüngere Männer) belegt werden. Hinzu gekommen war die Betreuung von ein paar Flüchtlingsfamilien in der Gemeinde, die schon in einer separaten Mietwohnung lebten als anerkannte Flüchtlinge mit Aufenthaltserlaubnis“ (AE) und dem Anrecht auf den Bezug der Sozialhilfe nach dem SGB II, sofern noch kein Arbeitseinkommen möglich ist.

Der Verfasser dieses Beitrages war schon vor 25 Jahren bei der damaligen Arbeit für Flüchtlinge (aus Schwarzafrika und aus dem kriegsgeschädigten Balkan in den 90er Jahren) mit dabei. Damals hat er auch miterlebt, als Mitglied des SPD-Kreisvorstandes, wie die damalige Kreisvorsitzende aus Markdorf gleich nach dem heftig umstrittenen Asylkompromiss (CDU/SPD/CSU) zum Art.16a GG im Jahr 1993 aus der Partei ausgetreten ist.

Im ersten Quartal nach der Gründung des örtlichen Helferkreises ging es darum, weitere Ehrenamtliche zu finden, um die einzelnen Arbeitsgruppen wie Sprach- und Alfabetisierungskurse, Kontakte zu Sport- und Musikvereinen, Fahrrad-Reparaturtreff, Möbel-Tauschbörse, Fahrdienste bei Arzt- und Behörden-Terminen, soweit notwendig, Kinderbetreuung, Öffentlichkeitsarbeit und dergleichen aufzubauen. Die Gemeinde stellte einen Lagerraum am Bahnhof zur Verfügung, um Möbel und Fahrräder oder Kücheneinrichtungen zwischengelagern“ zu können. Eine weitere Entscheidung: „e.V.“ oder kein „e. V“. Der Austausch mit anderen Helferkreisen im Bodenseekreis oder in der Ravensburger Nachbarschaft brachte diesbezüglich kein eindeutiges Votum. Man verzichtete auf die Satzungsarbeit zu einem eigenen „e. V“ und schloss sich einem

anderen „e.V.“ an, dem „Ökumenischen Förderverein für Krankenpflege und Familienhilfe“, der die Abrechnung der Spendeneinnahmen und –Ausgaben und die Verwaltung der Spendenbescheinigungen für den Helferkreis in der Flüchtlingshilfe zuverlässig regelte.

Mit einer eigenen Homepage und verstärkter Medienarbeit machte der Helferkreis auf sich aufmerksam. Man wurde zu Stammtischen der Freien Wähler, der CDU und der Grünen in der Gemeinde und in der Nachbarstadt Tettngang eingeladen, um über die Vorstellungen zur praktischen Sozialarbeit in der

Flüchtlingshilfe vor Ort Rechenschaft abzulegen. Fast im Wochentakt gab es Rundmails und Mitteilungen im örtlichen Gemeinde-Mitteilungsblatt, was in der Folgezeit zu Nachfragen aus anderen Helferkreisen im östlichen Bodenseekreis führte. Hinzu kam das Angebot von Sachspenden, von Kindersachen bis zu Möbeln aus aufgelösten Wohnungen oder Fahrrädern nicht nur aus der eigenen Gemeinde selber, sondern auch aus den Nachbargemeinden. In diesen Wochen und Monaten beteiligte man sich zudem an einer Reihe von Schulungsseminaren, zum aktuellen Asyl- und Aufenthaltsrecht in Deutschland, zur interkulturellen Kompetenz bei der Arbeit mit Flüchtlingen, zu den allfälligen Fluchtursachen in der gegenwärtigen Weltlage, und nahm an den landesweiten Versammlungen des überparteilichen „Flüchtlingsrates Baden-Württemberg e. V.“ in Stuttgart teil. Auch das Landratsamt in Friedrichshafen hatte im Herbst und Winter 2014/2015 wiederholt zu Asylkonferenzen und kleineren Sitzungen zur Sozialarbeit mit Flüchtlingen eingeladen. Bei einer Kreistagssitzung würdigte der Landrat selbst das besondere bürgerschaftliche Engagement des Verfassers dieses Beitrages in der Flüchtlingshilfe vor Ort im Unteren Schussental.

Einzelne Aktive bemängelten, dass in dieser Aufbauphase die künftigen Tätigkeiten der Ehrenamtlichen nicht sehr viel präziser mit organisatorischen und zeitlichen Vorgaben in ihrem jeweiligen Einsatzfeld im Helferkreis festgelegt worden seien. Man verlangte also nach einer konkreten „Arbeitsplatzbeschreibung“...wie bei den Stellenangeboten von Firmen. Fördert dies dann die Motivation für ein ehrenamtliches Engagement?

Mitte April 2015 zogen die ersten Bewohner dann in die neue Asylunterkunft in Kehlen ein. Es handelte sich um 5 Familien aus den Balkanländern Serbien, Bosnien, Mazedonien und Albanien, alle mit Kindern. Einen Monat später kamen dann einzelne männliche Flüchtlinge aus Syrien und Pakistan (im Obergeschoss) dazu - insgesamt ca. 40 Bewohner. Jetzt hatte die fast alltägliche Arbeit mit den und für die Bewohner/n in der Gemeinschaftsunterkunft begon-

en, in Kooperation mit der Vertretung des Roten Kreuzes. In welchem zeitlichen Rahmen für die Ehrenamtlichen aus dem Wohnbezirk Kehlen? Ja, man kann fast von einer 30-Stunden-Woche sprechen, wenn man die Betreuung auch auf manche Wochenenden und Feiertage ausdehnt, nicht zu vergessen den Einsatz während des häufigen Urlaubs der Hauptamtlichen im Laufe eines Jahres. Zu den Flüchtlingen baute man im Frühjahr und Sommer 2015 einen recht guten Kontakt auf, zu Familien mit Kindern wohl etwas mehr als zu dem einen oder anderen männlichen, alleinstehenden Flüchtling. Im Unterschied zu der „Patenschaft“ mit einem einzelnen Flüchtling oder mit einer Familie (man trifft sich da vielleicht alle zwei bis drei Wochen zum Kaffee-Trinken,

wenn nichts Behördliches dazwischen kommt..) ist man bei 30 bis 40 Menschen schon etwas mehr gefordert. Erst recht, wenn man die Maßstäbe aus dem Artikel 1 bzw. aus dem Artikel 6 des Grundgesetzes zugrunde legt. Bei einzelnen männlichen Flüchtlingen tut man sich auch leichter, den Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe und die Anleitung zur selbständigen Verkehrsmobilität der Flüchtlinge einzuhalten als etwa bei Familien mit kleineren Kindern.

Schon drei Wochen nach der Neubelegung ist es gelungen, im Seminarraum der örtlichen Feuerwehr mit einem Deutsch-Sprachkurs für die Flüchtlinge zu beginnen. Zeitlicher Umfang: an 4 Werktagen in der Woche mit jeweils vier Stunden, von Mitte Mai bis Mitte August 2015, dies in Kooperation mit dem Landratsamt. Ein A-1-Sprachkurs mit einem Zertifikat am Ende bei einem erfolgreichen Besuch nach 4 Monaten.

Ergänzend führten manche Ehrenamtliche im Wohnheim mit wenigen Flüchtlingen jeweils „Alphabetisierungsstunden“ durch. Die Ausdauer der Flüchtlinge, so einen Sprachkurs durchzuhalten ohne Unterbrechungen, oder überhaupt die Bereitschaft, die deutsche Sprache zu erlernen, ist selbstverständlich sehr unterschiedlich. Diese Erfahrung muss man halt machen bzw. in Kauf nehmen. In vielen Gesprächen versuchte man den Migrant/innen sehr wohl zu erklären, dass eine Arbeitsstelle, ein Job in einem Betrieb hierzulande ohne hinreichenden Kenntnisse in der deutschen Sprache nicht erworben werden kann. Kein Arbeitseinkommen –statt des Versorgungsgeldes vom Landratsamt- ohne einen erfolgreichen Deutsch-Sprachkurs!

Die beiden sehr engagierten Lehrerinnen aus dem Kehlener Helferkreis in dem A-1-Sprachkurs im Frühsommer regten bald an, ergänzend zu diesem Unterricht ein regelmäßiges Internationales Begegnungscafé einzurichten. Hier sollten sich Flüchtlinge, einheimische deutsche Nachbarn des Asylheimes und Ehr-

enamtlie näherkommen in Form von bekannten Tischspielen wie Mensch ärgere dich nicht, Schach und anderen Angeboten. Wie spielt man „Mühle“ auf syrisch? Interessant war, dass es dabei nicht auf ausgefeilte sprachliche Kompetenzen (Englisch, Arabisch oder bereits Deutsch) ankam im lockeren small talk. Man kam auf jeden Fall miteinander ins Gespräch. Beim ersten Mal nahm auch der Bürgermeister selber spielerisch Kontakt mit den Flüchtlingen auf. Diese Begegnungscafé-Meetings, jeden ersten Dienstag Nachmittag im Monat, sollten es den Flüchtlingen leichter machen, erste erworbene Sprachkenntnisse in Deutsch anzuwenden oder überhaupt den Kontakt zu den Deutschen zu pflegen im Interesse der angestrebten Integration, verbunden mit einem kleinen Imbiss-Angebot und alkoholfreien Getränken. Die örtliche Katholische Kirchengemeinde stellte dazu ihren Gemeindesaal gerne zur Verfügung, aber erst nach gründlicher Vorberatung des schriftlichen Organisationskonzeptes für das Begegnungscafé im zuständigen Kirchengemeinderat!

Diese Begegnungen haben seither immer einen guten bis sehr guten Zuspruch bei Flüchtlingen wie bei Einheimischen gefunden. Der Helferkreis unterstützte ergänzend immer die Bitte des Meckenbeurer Bürgermeisters, auch andere Gelegenheiten für Begegnungen von Flüchtlingen mit einheimischen Bürgern zu

nutzen, sei es bei offiziellen Veranstaltungen der Gemeinde zum Flüchtlingsthema oder auch bei sommerlichen Festivitäten und Konzerten vor Ort zu nutzen. Flüchtlinge nicht verstecken in der Gemeinde-Community! Sie auch, wenn möglich, selber zu Wort kommen lassen vor einheimischen Zuhörern! Oder Flüchtlinge in Sport- und Musikvereine vermitteln, je nach Interesse.

Bis zu elf Mal standen in Absprache mit dem Landratsamt Begleitungsfahrten zum entscheidenden Interview, zur Anhörung über einen Asylantrag an. 9 mal mit vorgeladenen Familien mit kleinen Kindern aus Balkanländern, 1 mal mit einer Gruppe von Pakistani aus mehreren Unterkünften im östlichen Bodenseekreis, 1 mal mit einem syrischen Familienvater. Ziel dieser Fahrten war die **Außenstelle Eningen** bei Reutlingen vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), untergebracht in einem Schulungs- und Logistik-Baukomplex der mittelständischen Wirtschaft auf der Schwäbischen Alb - für Flüchtlinge aus einem ganz anderen Kulturkreis, einer anderen Schriftsprache usw. mit öffentlichen Verkehrsmitteln gar nicht leicht zu finden und auch nicht gut ausgedeutet.

Wenn man an solchen Interviews teilnehmen kann, bekommt man einen Eindruck, wie mit viel Routine und wenig Empathie in recht kurzer Zeit Personali-

en, Fluchtweg und Fluchtgründe abgefragt werden, mit Unterstützung eines amtlich zugelassenen Dolmetschers. Besonders heikel hat der Beobachter es empfunden, wenn beim BAMF eine Vernehmung abgehalten wurde, die am Ende über die Rückführung in das EU-Land mit dem Fingerabdruck bei der Registrierung an der Grenze nach dem sehr umstrittenen Dublin-Verfahren entscheidet. In Ungarn und Bulgarien werden den Flüchtlingen an der Grenze Inhaftierungen im Knast, Prügel und andere polizeiliche Repressalien zugemutet, 30 Menschen für Tage in einer nur 20 qm großen Zelle eingepfercht, unter miserablen sanitären Bedingungen. Das Dublin-III-Abkommen schreibt es vor, dass man Flüchtlinge auch in solche Länder abschieben kann, wenn sie Pech haben, ausgerechnet in diesen Ländern erstmals ein EU-Land auf ihrem Fluchtweg betreten zu haben. Andere Länder sind bekanntlich Griechenland oder Italien, die Europa weitgehend alleinlässt bei der Herausforderung, die überlebenden Schiffbrüchigen aus dem Mittelmeer zu fischen und mit den Registrierungsaufgaben zu beginnen.

So funktioniert seit 20 Jahren die EU-Politik, immer nur den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und es sich verdammt einfach zu machen bei der Bekämpfung der globalen Fluchtursachen sowie bei der Bekämpfung der so genannten „Flüchtlingsflut“, damit man sich mit einzelnen Schutz suchenden Flüchtlingen nicht zu sehr beschäftigen muss!

Besonders nahe ging es dem Ehrenamtlichen, als an einem Abend Anfang Mai zuerst Bayern München im Halbfinalspiel gegen Atletico Madrid aus der Championsleague ausgeschieden ist. Es hatte auf Einladung einer Familie im Asylheim einen gemeinsamen Fernsehabend gegeben. Knapp zehn Minuten nach dem Ende der Fernsehübertragung wurde es laut auf dem Flur. Sechs Polizeibeamte holen eine junge albanische Familie mit einem kleinen, einjährigen Kind ab, zur Abschiebung kurz vor Mitternacht, um sie dann über Friedrichshafen, Reutlingen zum Flughafen Baden-Airpark bei Karlsruhe zum Rückflug nach Tirana zu bringen. Innerhalb von einer halben Stunde das Nötigste aus dem Zimmer in zwei Koffern zusammenpacken und das kleine Kind aus dem Schlaf reißen und es für den Abtransport schnell anzuziehen. Ausgerechnet eine Familie, die sich im Gegensatz zu manch einem jungen Syrer oder Pakistani nachdrücklich und ausdauernd um die Integration in die hiesige Gesellschaft und um eine Arbeitsstelle bemüht hat und dabei immer recht bescheiden aufgetreten ist, der mutet man jetzt eine solche demütigende Aktion zu. Hat sie eigentlich eine andere Chance als das Asylverfahren derzeit zu einer Migration an den Bodensee? Jetzt nach der Abschiebung bekommt sie eine Verbannung ausgesprochen in der EU von bis zu 26 Monaten. Hat diese Fami-

lie eigentlich in ihrem Herkunftsland eine **Bleibeperspektive**? Hat das Kind eine Chance auf einen geordneten Schulbesuch später, auf einen Berufsabschluss bei hoher Korruptionsrate in diesem Land? Kann sich der Vater eine Existenz aufbauen, um seine Familie ernähren zu können? Kann die junge Mutter einer Arbeit nachgehen? In Nordalbanien, in der Gegend um Skoder, herrschen noch Verhältnisse wie in der Türkei unter dem Stichwort "Blutrahe". Und es ist sehr schade, dass man beim BAMF und bei den hiesigen Landes- und Kommunalbehörden (RP und LRA) nicht mehr auf die konkreten Wahrnehmungen von Ehrenamtlichen hört, wie sie aufgrund ihrer fast täglichen, hautnahen Arbeit mit und für Flüchtlinge(n) die Integrationsaussichten für die kommenden Jahre und Jahrzehnte in jedem Einzelfall einschätzen.

Lieber entscheidet man über eine Abschiebung von einem anonymen Behörden-Schreibtisch aus. Die Alternative zum Asylverfahren, das Arbeitsvisum,

dient eher der Abschreckung und der Abwehr von Migrant*innen als der Chance zur Einwanderung und zu einem Arbeitsplatz in extremen Mangelberufen hierzulande.

Ein anderes Thema ist die Begleitung von Flüchtlingen entweder zu Ärzten und Kliniken, zu Behörden und zu potentiellen Arbeitgebern, je nach Sprachkurs –Abschluss A 1 oder A 2 zu einfachen Gastronomie- und Handwerksbetrieben oder zu mittelständischen Unternehmen.

Ärzte und Kliniken wünschen zum großen Teil die ehrenamtliche Begleitung, wenn Flüchtlinge zu einer Untersuchung und Behandlung sie aufsuchen. Jeder 2. Termin in einer Arztpraxis, von einem Flüchtling unter sprachlichen Verständigungsproblem angefragt, geht in der Regel schief, weil er ignoriert wird, wenn nicht eine Begleitung dabei ist, aus diversen Gründen. Zahnärzte, Kinderärzte, Frauenärzte und die Notaufnahme in Kliniken sprechen zwar auch kurz mit dem Flüchtling, sie reden aber auch mit der Begleitung über weitere Therapiemaßnahmen und über die Anwendung von verschriebenen Rezepten in den Tagen nach der Untersuchung. Und: Wenn die Hauptamtlichen in den GU's zwei bis drei Wochen Urlaub haben (steht ihnen zu), dann stehen Ehrenamtliche zur Begleitung zur Verfügung, wie etwa im Hinblick auf eine unabdingbare Operation im EK Ravensburg wegen eines Bandscheibenvorfalles bei einem Syrer: in den Weihnachtsferien! Merkwürdig ist dann nur, wenn die Begleitung auch noch zurecht gewiesen wird, weil der Flüchtling den erforderlichen Krankenschein vom Landratsamt nicht dabei hat, ohne den gesundheitsrechtlich keine Untersuchung möglich ist. Warum fordert ihn die Arztpraxis

nicht selber an in Friedrichshafen, Albrechtstraße 75 (beim Kreissozialamt), telefonisch oder per Fax?

Zu der Zukunftsfrage der Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt könnte man nach den Erfahrungen in den vergangenen Monaten wahrlich ein Buch schreiben. Das ist die größte Herausforderung der Politik, der Gesellschaft und der Wirtschaft in den kommenden Jahren. Wer fast wöchentlich in Betrieben um Jobs für Flüchtlinge nachfragt und die Bewerbungsschreiben aufsetzt in deutscher Sprache, wundert sich über die Schlagzeilen in der Presse aus der Wirtschaft über die ach so tolle Bereitschaft, den Fachkräftemangel mit Migrant*innen und Flüchtlingen auszugleichen. Nicht wenige schreckt schon die obligatorische, EU-weite Vorrangprüfung ab, die erst nach drei bis vier Wochen entscheidet, ob ein Asylbewerber eine Arbeit in einem Betrieb aufnehmen kann oder nicht. Erst nach 16 Monaten Aufenthalt in Deutschland fällt diese Vorrangprüfung weg. Bei anerkannten Asylbewerbern mit AE (Aufenthalts-erlaubnis) übernimmt das Jobcenter in Optionslandkreisen wie dem Bodensee-kreis diese Aufgabe. Ein anderes Problem ist das SGB II und das SGB XII in diesem Zusammenhang. Schon einheimische Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger kommen mit diesen unsäglichen Bürokratie-Ausuferungen der Hartz-IV-Reform vor 12 Jahren nicht zurecht, geschweige denn Flüchtlinge mit A1- oder A-2-Sprachkurs-Niveau. Nach anderthalb Jahren sammeln sich leider in den Unterkünften der Flüchtlinge ganze Papierberge an mit unendlich viel Behördenschreiben und unverständlichen behördlichen Anweisungen, gerade im Sozialhilfe-Bereich. Die gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensabläufe der großartigen Reform aus der Schröder-Ära beschäftigen wie bekannt ganze Legionen von Sozialrichtern und Anwälten deutschlandweit, ohne dass die betroffenen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger (und jetzt eben auch die anerkannten Flüchtlinge) in der Mehrheit damit zurecht kommen und für sie erkennbare Hilfe in ihrer Lebenssituation erfahren! Das räumen selbst einzelne Fallmanager im Jobcenter ein, freilich nur hinter vorgehaltener Hand! In diesem Punkt geht es den Flüchtlingen nicht besser als den einheimischen Hartz-IV-Empfängern bzw. den Langzeitarbeitslosen.

Umgekehrt ist es freilich unerlässlich, den Migrant*innen in längeren Gesprächen zu vermitteln, was in der Arbeitswelt in Mitteleuropa von ihnen verlangt wird, wenn sie einen Job nicht gleich wieder verlieren wollen. Pünktlichkeit, Entschuldigung beim Arbeitgeber im Fall einer plötzlichen Erkrankung, zeitnahe Erledigung von befristeten Aufträgen, Einhaltung der Hygiene-Auflagen und: nie selber kündigen als Arbeitnehmer. Dies hätte Sanktionen nach SGB II beim Jobcenter zur Folge, also erhebliche Kürzungen von ergänzenden Versorgungs-

leistungen. Wer als Asylbewerber ein eigenes Arbeitseinkommen hat, bekommt vom Landratsamt nicht wenig wieder abgezogen, weil die Behörde sehr kreativ ist, Sozialleistungen für die Leute in Rechnung zu stellen. Sind dann die Asylbewerber ohne Arbeitseinkommen, vom Sozialamt versorgt, nicht besser dran?



Rund 250 Menschen, Flüchtlinge wie Einheimische, setzten am 2. Oktober 2015 in Oberteuringen ein deutliches Zeichen gegen Fremdenhass und Gewalt gegen Flüchtlinge. Am Mikrophon: Landrat Lothar Wölfle. Einige Tage vorher ist eine Halle in Oberteuringen, in der Flüchtlinge untergebracht werden sollten, in Brand gesetzt worden.

Wb

Bild: Hans-Peter Sieger

Wer gegenwärtig in der Flüchtlingshilfe vor Ort tätig ist, muss in diesen Monaten bisweilen mit sehr unterschiedlichen Reaktionen von einheimischen Zeitgenossen rechnen. Manches Lob ist dabei, durchaus auch Respekt, aber ebenso viel Abneigung, ja Häme und offene Ablehnung. An Stammtischen ist es fast normal, solche Pegida- oder AfD-Parolen zur Kenntnis zu nehmen: Flüchtlinge sind der Abschaum, Viehzeug, „Untermenschen“: Denen hilft man nicht, wenn sie hier angekommen und irgendwo untergebracht sind.....Die gehören weggejagt, hoffentlich ersaufen noch mehr davon im Mittelmeer...!“ Morddrohungen waren noch keine zu vernehmen. Immerhin. Die größte Belastung gegen-

wärtig ist die Unfähigkeit der europäischen Politik, die Organisationskrise im Zusammenhang mit den Migranten und Flüchtlingen einvernehmlich zu lösen. Die europäische Politik trägt jeden Tag zur Ausweitung der Fluchtursachen von Asien, von Afrika und von Europa (Südosteuropa) bei, rohstoffbezogen, wirtschaftspolitisch (gegenüber Afrika) und rüstungspolitisch (gegenüber dem Vorderen Orient). Von den Konsequenzen dieser Politik, die Fluchtursachen begünstigt, will man nichts wissen. Man sieht lieber weg! Und: 70 Jahre nach dem Zusammenbruch der braunen Nazi-Barbarei und 70 Jahre nach der feierlichen Erklärung von Menschenrechten in der UN-Charta, in der Europäischen Menschenrechtskonvention und des Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes halten massenhaft Leute in den online-Foren der Zeitungen bzw. der allgemeinen Medienredaktionen, ebenso in Facebook und in Twitter, in Deutschland ebenso wie in Österreich und in der Schweiz (also im gesamten deutschsprachigen Raum) im Grunde nichts mehr von diesen einst formulierten humanitären Ansprüchen! Jeden Tag kann man die volksverhetzenden Parolen der Fremdenhasser online wahrnehmen.

Wann geht diese braune Saat auf dem europäischen Kontinent auf? Ein Kontinent, der 27 Jahre nach dem Fall der Mauer wieder geschlossene Grenzen, Stacheldraht und Schießbefehl (AfD-Politiker), auf jeden Fall die Abschottung gegenüber dem Rest der Welt zum wichtigsten Prinzip seines politischen Willens erklärt? Augenmediziner haben jüngst Studien vorgelegt, nachdem die intensive Nutzung von Smartphones und whatsapp`s bei den heranwachsenden Generationen (wie heute schon belegt in Südkorea und China) zu einer erheblichen Kurzsichtigkeit später führt. Wenn man den Wahlausgang der nationalen Wahlen in Holland und Frankreich (2017), in Österreich (2018) und bis 2020 in anderen EU-Ländern prognostizieren will, ist es nicht vermessen, eine starke rechtspopulistische bis rechtsradikale, auf jeden Fall nationalistisch eingestellte Front bei den neuen Regierungen (im Bündnis mit Putin?) zu befürchten.

Wie wird in diesem Zusammenhang die nächste Europawahl voraussichtlich am 26.Mai 2019 ausgehen? Mit welcher Motivation soll man da überhaupt ins Wahllokal gehen? Von einer politischen Kurzsichtigkeit jedenfalls kann man in Europa heute schon ausgehen. So wie viele Politiker und mit ihnen die Stammtische in Europa vor 110 Jahren ebenso wie vor 85 Jahren an einer solchen politischen Kurzsichtigkeit gelitten haben. Es waren die Jahre vor dem Ausbruch des 1.und des 2.Weltkrieges. „Wer aus der Geschichte nicht lernt, ist dazu verdammt, sie zu wiederholen.....“ Das ist ein Zitat, welches Berthold Brecht und zugleich einem US-amerikanischen Philosophen (George Santayana) nachgesagt wird. Sind die Flüchtlinge in der „Festung Europa“ im nächsten

oder übernächsten Jahrzehnt dazu verdammt, die tragische Rolle der Juden bei der Shoa zwischen 1939 und 1945 zu übernehmen? Geopfert werden sie freilich heute schon auf dem langen Fluchtweg aus afrikanischen Ländern und aus dem Vorderen und Mittleren Orient in Asien, nicht nur von skrupellosen Schleuserbanden. Man wünscht sich wahrlich andere Rahmenbedingungen bei dem Engagement in der Flüchtlingshilfe!

26.05.2016

Willi Bernhard

SPD OV-Überlingen:

Die SPD sieht einen Generalangriff auf die Landesgartenschau 2020

Die SPD Überlingen hat die im Bürgerentscheid von 2013 detailliert beschriebene Planung der Landesgartenschau (LGS) stets befürwortet und unterstützt. Die Planung des Bürgerparks West ist nach mehreren Jahren weitgehend abgeschlossen worden und steht vor dem Beginn der Realisierung.

Die Verantwortlichen der LGS brauchen in dieser Phase dringend unsere Unterstützung für das Vorhaben und nicht Sperrfeuer. Für die SPD ist unverständlich, dass die Initiatoren der Bürgergemeinschaft BÜB und Andere jetzt den Versuch unternehmen, mit alten und seit Jahren bekannten Behauptungen Stimmung zu machen, um einen neuen Bürgerentscheid zu erzwingen. Man kann durchaus der Informationspolitik der Stadtspitze in Teilen kritisch gegenüber stehen, ohne dass dies aber den Vorwurf einer Unterdrückung von Bürgerbeteiligung rechtfertigte.

Eine umfassendere Bürgerbeteiligung als die einer bürgerschaftlichen Vorbereitung des Wettbewerbs um die LGS-Planung, deren Beurteilung durch ein Preisgericht und einen Bürgerentscheid hierüber sowie die begleitenden Entscheidungen durch gewählte Stadträte kennt unsere Rechtsordnung nicht. Die selbstverständlich gewollte weitere Bürgerbeteiligung an der Realisierung des Konzepts kann sich deshalb nur innerhalb der mit großer Mehrheit entschiedenen Grundzüge der Planung und nicht im grundsätzlichen Frontalangriff auf diese Grundlagen bewegen. Die Betreiber eines Bürgerbegehrens geben vor, dass es ihnen nur um eine Änderung bei einer Mauer und einer Straßenplatanenallee gehe, sie aber zur LGS stünden.

In Wirklichkeit geht es für sie um einen Angriff gegen die Planung von Frau Mommsen insgesamt. Gewollt ist ein anderer Bürgerpark West und

damit verbunden eine andere LGS. Sie haben die mit großem Aufwand, Kosten und Engagement drei Jahre lang vorangebrachte Entwicklung der LGS abgewartet, um nach Ablauf der Bindungsfrist des Bürgerentscheids ihre mit altbackenem Material gefüllte Bombe hochgehen zu lassen. Die Unfähigkeit weniger Personen, mit ihrer Ansicht in der Minderheit sein zu können, darf nicht dazu führen, die LGS zu gefährden. Genau dies wäre aber der Fall, wenn wegen des angestrebten Bürgerbegehrens Unruhe und Zwietracht in der Stadt ausgelöst und durch rechtliche Auseinandersetzungen über das Begehren der Realisierungsrahmen der LGS immer weiter verengt würde.

Die SPD lehnt einen neuen Bürgerentscheid ab, fordert aber auch dazu auf, sich an den workshops zur Detailplanung Uferpromenade und Uferpark West zahlreich zu beteiligen. Alle Überlinger sollten sich der in einer Unterstützung des Begehrens liegenden Tragweite bewusst sein.

Die SPD-Fraktion **Sylvia Kruse-Baiker, Udo Pursche, Michael Wilkendorf, Oswald Burger**

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger herzlich ein zur nächsten öffentlichen Fraktions- und Vorstandssitzung am

Dienstag, 14. Juni um 19 Uhr in der Weinstube Renker.

09.06.2016

Homepage SPD OV Überlingen

Antrag des SPD-Kreisverbandes Bodenseekreis:

Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung durch grundlegende Reform des Sexualstrafrechts

Bundesregierung und Bundestag werden aufgefordert, das Sexualstrafrecht so zu ändern, dass jede sexuelle Handlung, die gegen den Willen einer anderen Person ausgeübt wird, oder bei der das Einverständnis der anderen Person offensichtlich fehlt, unter Strafe gestellt wird.

Begründung:

Zwar sieht der Gesetzentwurf der Bundesregierung die Schließung einzelner Schutzlücken im Sexualstrafrecht vor, allerdings bleibt das sexuelle Selbstbestimmungsrecht auch nach den geplanten Änderungen nur unzureichend geschützt. So wird die sexuelle Selbstbestimmung nicht von sich aus geschützt, sondern muss von den Betroffenen aktiv verteidigt werden. Die körperliche

Verteidigung ist nur dann nicht erforderlich, wenn bestimmte Umstände vorliegen, bspw. dann, wenn der Täter die Betroffene überrascht und sie sich aus diesem Grund nicht zur Wehr setzt. Nach § 177 StGB – Sexuelle Nötigung, Vergewaltigung ist das klare „Nein“ der Frau nicht ausreichend. Wendet der Täter z. B. nur psychische aber keine körperliche Gewalt an oder droht er der Frau nicht mit „gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben, oder ist die Frau nicht in der Lage sich zu wehren“, liegt nach der derzeitigen Rechtsprechung keine Vergewaltigung vor.

Im Sexualstrafrecht muss klar sein, dass für eine Strafbarkeit des Täters ein „Nein“ ausreicht, auch wenn keine körperliche Gewalt geleistet wurde. Jede nicht einvernehmliche sexuelle Handlung muss unter Strafe gestellt werden, sowie es die Bundesländer Hamburg, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, das Deutsche Institut für Menschenrechte, Frauen- und Opferverbände und Terre des Femmes fordern. „Nein heißt Nein“ muss unmissverständlich gelten.

Beschlossen vom Kreisvorstand am 02.06.2016 in Stetten.

Termine im Bodenseekreis und Bodenseeraum

KV Bodensee:

SOMMERFEST DER SPD

Samstag, 02.07.2016

16:00 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Friedrichshafen, Seemooser Horn
(Vereinsgelände und -Clubheim des VfB-Kanu-Clubs)

Für Mitglieder der SPD im Bodenseekreis, Familienangehörige, Freunde und Sympathisanten der SPD.

Mit Grillen, Salaten, Kuchen, Aktionen, Live-Jazz-Combo, dem Europa-Abgeordneten **Peter SIMON** mit einem Bericht vom Europaparlament in Brüssel.

Achtung: Hunde sind leider nicht erlaubt, also überlegt euch rechtzeitig eine Alternative für eure vierbeinigen Freunde, denn sie dürfen nicht aufs Vereinsgelände.

ERWEITERTE KREISVORSTANDSSITZUNG IN ERISKIRCH

Dienstag, 05.07.2016

19:00 Uhr - 22:00 Uhr

Ort: Eriskirch-Mariabrunn

Restaurant "Irisstuben" im Nebenzimmer

Mariabrunnstrasse 18, 88097 Eriskirch-Mariabrunn, Telefon 07541 / 81773

OV Bermatingen:

OV Sitzung

Montag, 13.06.2016

19:30 Uhr - 21:30 Uhr

Ort: Weinstube Stecher

OV Kressbronn:

ÖFFENTLICHE SITZUNG SPD FRAKTION KRESSBRONN

Montag, 13.06.2016

20:15 Uhr - 21:45 Uhr

Ort: Restaurant am Kretzergrund, Seestraße 50, 88079 Kressbronn am Bodensee

Hiermit laden wir Sie zur monatlichen offenen SPD Fraktionssitzung ein. In der Offenen Fraktionssitzung besprechen wir die Themen der Gemeinderatsitzung vom 15.06. vor (siehe Ankündigung in der kleinen Seepost, oder unter www.kressbronn.de unter Bürger/Rathaus& Service/Kommunalpolitik/Gemeinderat aktuell). Wir freuen uns auf Ihr Kommen.

OV Markdorf:

Samstag, 25. Juni

10:00

SPD Klausur

Donnerstag, 14. Juli

20:00

Vorstandssitzung

OV Meersburg:

Stammtisch

Donnerstag 09.06.2016

20:00 Im Truben

Donnerstag, 30. Juni

Vorstandssitzung

20:00 in der "Gutsschänke"

SPD Kreis BC MdB Martin Gerster

Politische Bildungsreise mit MdB Gerster

Aktive von Biberacher Frauenforum und Gemeindepsychiatrischem Zentrum besuchen unter anderem das Kanzleramt



Foto: Archiv Gerster

Zum zweiten Mal dieses Jahr haben jetzt wieder Besucher aus dem Wahlkreis des Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten **Martin Gerster** und seinen zwei Betreuungswahlkreisen Ravensburg und Bodensee ungewöhnliche Einblicke in den politischen Betrieb der Bundeshauptstadt Berlin gewinnen können. Die Gruppe mit unter anderem SPDKommunalwahlkandidatinnen und -kandidaten sowie zwei Dutzend ehrenamtlich Engagierten von Frauenforum und Gemeindepsychiatrischem Zentrum Biberach hatte zahlreiche Möglichkeiten zu politischer Information und Diskussion. Vom Bundespresseamt und

Gersters Bürgerbüro organisiert, gab es während der vier Tage für die 50 politisch Interessierten im Alter von 16 bis 86 Jahren Gelegenheit beispielsweise zum Besuch des Bundesarbeits- und des -familienministeriums sowie der baden-württembergischen Landesvertretung.

Besonders beeindruckt zeigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vom Bundeskanzleramt, aber auch von der Gedenkstätte in der früheren Untersuchungsanstalt der DDR-Staatssicherheit in Hohenschönhausen, durch die sie von einem ehemaligen politischen Gefangenen geführt wurden.

Beim Treffen mit MdB Martin Gerster im Reichstagsgebäude erläuterte dieser den Gästen aus der Heimat seine Tätigkeit in Parlament, Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss und berichtete von seiner Arbeit als Vertreter seiner Fraktion im Haushaltsausschuss für die Finanzausstattung des Bundesinnenministeriums.

Zuvor hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den Plenarsaal besichtigt und einen Vortrag über die Aufgaben und die Arbeit des Parlaments angehört. Gerster führte sie dann auf die Besucherebene des Reichstagsgebäudes und ließ sich mit der Gruppe fotografieren. Eine an politischen Punkten orientierte Spree- und eine ebensolche Busrundfahrt rundeten das Programm ab.

Biberach, 10.05.2016 Wolfgang Heinzl, Leiter Wahlkreisbüro Martin Gerster, MdB

Wirtschaftsjuniorin Eva Löffelhardt zu Gast im Bundestag

Politik trifft Wirtschaft – das ist das Ziel des Know-how-Transfers, einer Projektwoche der Wirtschaftsjunioren Deutschland, an der der Biberacher Bundestagsabgeordnete **Martin Gerster** teilgenommen hat. Eine Woche lang hatte er mit Eva Löffelhardt vom Textilservice Liebhardt aus Biberach eine junge Unternehmerin aus den Reihen der Wirtschaftsjunioren zu Gast in Berlin und konnte ihr einen Einblick in den Berliner Politikbetrieb geben.

„Es ist wichtig, dass Politik und Wirtschaft in Dialog treten“, sagt Gerster. „Nur so können wir uns darüber austauschen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen für das einzelne Unternehmen haben.“ Gleichzeitig wachse das Verständnis für die Anliegen der „anderen Seite“. „Deshalb bin ich froh, dass die Wirtschaftsjunioren diesen Austausch organisieren – und dass die jungen Unternehmer sich die Zeit nehmen, uns in Berlin über die Schulter zu schauen“, so Gerster weiter.

Vom 9. bis 13. Mai hat Wirtschafts juniorin Eva Löffelhardt den SPD-Bundestagsabgeordneten begleitet, unter anderem zu Fraktions- und Ausschusssitzungen. Insgesamt waren rund 170 junge Unternehmer und Führungskräfte aus ganz Deutschland beim Know-how-Transfer dabei. Auf dem Programm der jungen Unternehmer standen außerdem Diskussionsrunden mit Politikern und Fraktionsspitzen sowie ein Fototermin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bereits im vergangenen Herbst hatte der Biberacher SPD Bundestagsabgeordnete Martin Gerster die Wäscherei Liebhardt besucht, um sich vor Ort einen Eindruck vom Unternehmen zu machen.



Andrea Nahles, Eva Löffelhardt, Martin Gerster
Berlin, 13.05.2016

Foto: Archiv Gerster
Wolfgang Heinzl, Bürgerbüro Martin Gerster, MdB

Integration muss gelingen – mehr Geld für Deutsch- und Integrationslehrer

Ich bin sehr froh, dass wir Sozialdemokraten eine bessere Bezahlung der Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen durchgesetzt haben, erklärt der Abgeordnete Martin Gerster.

Die Lehrkräfte in den Sprach- und Integrationskursen leisten einen elementaren Beitrag zum Gelingen der Integration von Flüchtlingen. Nur wenn wir sie angemessen bezahlen, werden wir ausreichend Personal bekommen. Deshalb haben wir jetzt mit einem Beschluss im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages eine Mindestvergütung von 35 Euro pro Stunde sichergestellt. In diesem Jahr werden wir mehr als doppelt so viele Sprach- und Integrationskurse bereitstellen müssen. Schon jetzt haben wir zu wenig qualifizierte Lehrer dafür. Diesem Mangel können wir nur begegnen, wenn wir die Lehrkräftevergütung deutlich verbessern und damit endlich faire, gerechte und motivierende Gehälter zahlen. Die bislang in dem Bereich gezahlten Gehälter reichen bei Weitem nicht aus, um genügend qualifiziertes Personal anzuwerben. Bereits seit Langem weisen wir auf diesen Umstand hin und haben uns für eine deutliche Verbesserung stark gemacht.

Dieser Einsatz hat sich jetzt gelohnt. Wir konnten mit dem Koalitionspartner einen Beschluss im Haushaltsausschuss herbeiführen, der das Bundesinnenministerium ermächtigt, den Kostenerstattungssatz für die Integrationskurse auf bis zu 4,00 Euro pro Teilnehmer und Unterrichtseinheit zu erhöhen. Mit diesem erhöhtem Kostenerstattungssatz wollen wir eine Mindestvergütung der Lehrer von 35 Euro pro Unterrichtseinheit garantieren.

Das Innenministerium muss in Zukunft sicherstellen, dass die entsprechenden Anbieter der Kurse diese Mindestvergütung auch an die Lehrkräfte auszahlen. Um eine effiziente und effektive Aufgabenerledigung in diesem wichtigen Teilbereich der Integration zu erreichen, fordern wir die Bundesregierung auf, eine wirkungsvolle Gesamtstrategie für die verschiedenen Maßnahmen der Sprachförderung zu entwickeln und fortlaufend deren Wirksamkeit zu überprüfen.

Integration fängt beim Erlernen der Sprache an und kann nur gelingen, wenn wir dafür gute Lehrerinnen und Lehrer bereitstellen.

Berlin, 01.06.2016

Dirk Bartel M.A., Büro Martin Gerster, MdB

SPD Kreis Ulm
Alb-Donau Kreis
MdB Hilde Mattheis

Mattheis:

besonders Frauenaltersarmut bei Rentenreform bekämpfen

„Wir wissen schon lange, dass besonders Frauen von Altersarmut betroffen sind. In der geplanten Rentenreform müssen wir dieses Problem dringend lösen, denn auch in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis ist Altersarmut weiblich“, fordert die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**. 12,8 Prozent der Männer und 44,4 Prozent der Frauen in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis bezogen im Jahr 2014 eine Altersrente unter 500 Euro. Bei 64,6 Prozent der Männer und nur bei 10,4 Prozent der Frauen beträgt die Rentenhöhe mehr als 1000 Euro.

Aufgrund der aktuellen Debatte um Altersarmut hatte Mattheis um Informationen zu der Situation der älteren Menschen in ihrem Wahlkreis bei der Deutschen Rentenversicherung gebeten. 4,2 Prozent der Frauen über 65 Jahre in Ulm und 1,6 Prozent im Alb-Donau-Kreis bezogen 2014 Grundsicherung, da ihre Altersrente nicht ausreichte, teilt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis mit. Bei den Männern über 65 Jahren liegt die Grundsicherungsquote bei 3,3 (Ulm) bzw. 1,1 (Alb-Donau-Kreis) Prozent. „Der Anteil der Grundleistungsbezieher hat sich von 2003 bis 2014 verdoppelt“, betont Mattheis.

„Altersarmut ist ein Armutszeugnis für ein reiches Land wie Deutschland“, klagt die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis die Versäumnisse in der Rentenpolitik der vergangenen Jahre an, obwohl die Probleme schon lange bekannt seien.

11. Mai 2016

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

„SPD wird Pflege weiter stärken“

Zum „Tag der Pflege“ am 12. Mai erklärt die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis:

„Wir haben nach vielen Gesprächen mit Experten aus dem Gesundheits- und Pflegebereich in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis in den vergangenen Monaten wichtige Gesetze zur grundlegenden Verbesserung der Pflege verabschiedet. Und wir haben noch mehr vor: Wir werden in Kürze in Ulm mit Experten und Betroffenen auch das geplante Pflegeberufereformgesetz diskutieren und mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz die Rolle der Kommunen stärken“.

Pflege sei ein besonderer Schwerpunkt der SPD in dieser Legislaturperiode, betont die gesundheitspolitische Sprecherin. Die steigende Lebenserwartung der Bevölkerung und die Zunahme des Anteils betagter Menschen an der Gesamtbevölkerung sei ein Zeichen für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die zunehmende Zahl hochaltriger Menschen stelle die Pflegepolitik vor demografische und fachliche Herausforderungen. „Pflege geht uns alle an und die Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ist ein wesentlicher Baustein, um auch in Zukunft gute Pflege gewährleisten zu können und das Vertrauen in eine gute Versorgung im Alter zu stärken. Dabei hat die SPD in dieser Legislaturperiode schon viele deutliche Verbesserungen für Pflegende, Pflegebedürftige und ihre Angehörigen erreicht“, betont die Ulmer Abgeordnete Mattheis.

Mit dem ersten Pflegestärkungsgesetz wurde das Leistungsspektrum der gesetzlichen Pflegeversicherung deutlich ausgeweitet. Dadurch erhalten rund 2,7 Millionen Pflegebedürftige in Deutschland bereits seit dem 1.1.2015 mehr Leistungen. In der ambulanten Pflege wurden die Leistungen um rund 1,4 Mrd. Euro erhöht, für die stationäre Pflege um rund 1 Mrd. Euro. Pflegende Angehörige werden besser entlastet, in-dem die Unterstützungsangebote für die Pflege zu Hause ausgeweitet wurden, die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte in stationären Pflegeeinrichtungen erhöhte sich deutlich. Zusätzlich wurde ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz II wurde die umfassendste Änderung der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung im Jahr 1995 vorgenommen, indem ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff eingeführt wurde. Das heißt, die bisherigen drei Pflegestufen werden durch fünf Pflegegrade ersetzt. Damit wird der individuelle Bedarf bei Pflegebedürftigen sehr viel genauer ermittelt. An Demenz erkrankte Menschen etwa bekommen nun erstmals auch Unterstützung.

„Mit der Reform haben alle den gleichen Zugang zu den Leistungen der Pflegeversicherung. Entscheidend ist lediglich, wie sehr die Selbstständigkeit tatsächlich eingeschränkt ist. Sichergestellt ist, dass niemand mit der Umstellung schlechter gestellt werden kann – viele aber besser. Zudem müssen Menschen, die im Heim gepflegt werden, künftig keine Steigerung des pflegebedingten Eigenanteils mehr befürchten“, erläutert Mattheis. Mit dem dritten Pflegestärkungsgesetz, das in diesem Jahr beschlossen werden soll, werde die Rolle der Kommunen sowie die Pflegeberatung vor Ort deutlich gestärkt, „damit Hilfe auch dort ankommt, wo sie dringend benötigt wird“, so Mattheis.

Mit dem Pflegeberufereformgesetz soll der Pflegeberuf deutlich attraktiver und mehr Menschen für dieses Berufsfeld gewonnen werden.

11. Mai 2016

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

1,2 Millionen Euro für Städtebauförderung

„Mit insgesamt 1,2 Millionen Euro hat der Bund 2015 den Städtebau in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis gefördert“, berichtet die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**. Am Tag der Städtebauförderung am 21. Mai können in Ulm und Ehingen zwei Projekte besichtigt werden.

Knapp ein Drittel der Mittel erhielt der Denkmalschutz in Munderkingen in der Kernstadt mit 470.000 Euro. Im Alb-Donau-Kreis wurden im Jahr 2015 außerdem der Ortskern Beimerstetten mit 150.000 Euro, in Ehingen der Denkmalschutz im unteren Stadtbereich beim Franziskanerkloster mit 96.800 Euro, in Langenau der Bahnhof mit 100.000 Euro, in Lonsee die Maßnahme Ortskern II mit 60.000 Euro, und in Schelklingen der Stadtkern

mit 100.000 gefördert. In Ulm flossen 100.000 Euro Bundesmittel in das Dichterviertel und 150.000 Euro Städtebauförderung in das Wengenviertel. Die Weststadt erhielt weitere 10.000 Euro.

Ehingen und Ulm beteiligen sich außerdem am Tag der Städtebauförderung am 21. Mai. „Hier können kommunale Projekte des Städtebaus besucht werden. Damit soll die Bürgerbeteiligung gestärkt werden, damit die Menschen bei der Gestaltung ihrer Stadt mehr Einfluss nehmen können“, erläuterte Mattheis. Offene Freibereiche, Sitzstufen am Wasser, barrierefreie Brücken: In Ehingen kann zwischen Straußwirtsgässle und Glockengässle die laufende Freiflächengestaltung besichtigt werden, welche die Aufenthaltsqualität an der Schmiech erhöhen soll. In Ulm findet eine Stadtrallye durch das Sanierungsgebiet Wengenviertel statt. Teilnehmende können anhand von alten Postkarten den Vergleich zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Wengenviertels nachvollziehen.

„Mit der Städtebauförderung unterstützen wir die Kommunen beim demografischen, sozialen und ökonomischen Wandel sowie beim Klimaschutz. Ich bin froh, dass die von uns durchgesetzte Erhöhung der Städtebauförderung hier in der Region solche Erfolge zeigt“, so Mattheis. In den letzten zehn Jahren sind insgesamt 39,2 Millionen Euro in 25 Projekte in den Wahlkreis Ulm geflossen, rechnete Mattheis vor.

11. Mai 2016

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

112 Schüler und Lehrer aus Ulm im Reichstag

Die komplette neunte Jahrgangsstufe des Anna-Essinger-Gymnasiums aus Ulm besuchte die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** an ihrem Berliner Arbeitsplatz. Vor dem Kuppelbesuch im Reichstag diskutierten über hundert Schüler über die Freigabe von Cannabis als Arzneimittel, die in Kürze umgesetzt werden soll. In einem lebhaften Gespräch wogen sie das Für und Wider einer liberalen Drogenpolitik ab. Auch das Thema Flüchtlinge in Ulm beschäftigte die Jugendlichen, bevor sie den Blick über Berlin vom Dach des Parlaments aus schweifen ließen.



Foto: Archiv Mattheis

12. Mai 2016

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Waldorfschule am Illerblick besucht den Reichstag

37 achtzehnjährige Schüler der Freien Waldorfschule am Illerblick aus Ulm besuchten bei strahlendem Sonnenschein während ihrer Berlinfahrt den Reichstag. Gemeinsam mit zwei Lehrern informierten sich die jungen Erwachsenen bei dem Gespräch mit der Mitarbeiterin der Bundestagsabgeordneten **Hilde Mattheis** über den Arbeitsalltag einer Abgeordneten.

Spannende Diskussionen ergaben sich bei den Themen Bildung, Flüchtlinge und TTIP. Besonders die Abwägung der Vor- und Nachteile von Privatschulen führte zu leidenschaftlichen Plädoyers.

Zum Besuch des Parlaments gehörte auch ein Vortrag auf der Besuchertribüne des Plenarsaals. Dieser gab neue Einsichten über die Abläufe im Parlament, vor allem die festgelegten Redezeiten und das Wechselspiel von Koa-

lition und Opposition. Danach belohnte ein Blick über die Hauptstadt von der Kuppel des Reichstagsgebäudes den vorherigen Wissenshunger.



Foto: Archiv Mattheis

18. Mai 2016

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis:

„Viele Anspruchsberechtigte rufen in Ulm ihr Wohngeld nicht ab!“

„Viele Ulmer haben Anspruch auf Wohngeld und wissen es gar nicht!“ sagt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**. Durch die Wohngeldreform haben seit Jahresbeginn mehr Mieter Anspruch auf Wohngeld. Dennoch liegt

die Zahl der Wohngeldfälle im ersten Quartal 2016 unter dem monatlichen Durchschnitt des Jahres 2016.

„Wir haben das Wohngeld verbessert und Geringverdiener spürbar entlastet. Nun müssen wir auch dafür sorgen, dass diese Verbesserung bei den Menschen ankommt, für die sie gedacht ist“, so die SPD-Politikerin Mattheis. 613,16 Wohngeldfälle gab es im Jahr 2015 durchschnittlich in der Stadt Ulm. Diesen wurden im monatlichen Durchschnitt insgesamt etwa 91.000 Euro ausgezahlt.

Seit 1. Januar ist die Wohngeldreform in Kraft, die die Zahl der Anspruchsberechtigten auf Wohngeld erhöht hat, wovon hauptsächlich Familien und Rentner profitieren. Dennoch lag die Zahl der Wohngeldfälle im Januar bei 513, im Februar bei 598 und im März bei 612. Allerdings stiegen die Wohngeldauszahlungen auf über 150.000 Euro im März 2016. Dies ergaben Recherchen der Bundestagsabgeordneten Hilde Mattheis, die sich um die Wohnsituation der Menschen in ihrem Wahlkreis kümmert.

Nähere Informationen und die entsprechenden Antragsformulare können beim Landratsamt Alb-Donau-Kreis auf der Webseite <http://www.alb-donau-kreis.de/so-zial/wohngeld.php> abgerufen werden.

20.05.2016

**Britta Bäcker, Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

Das geplante Pflegeberufegesetz

Einladung zur Diskussion

am Mittwoch, 15.06.2016 um 19:00 Uhr

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Bundestag debattiert derzeit über die Einführung einer generalistischen Ausbildung in der Pflege. Mit dem Pflegeberufegesetz wollen wir für bessere Bedingungen der Auszubildenden und aller Pflegefachkräfte sorgen, den Fachkräftemangel in der Pflege bekämpfen und die pflegerische Versorgung

insgesamt verbessern. Kritiker befürchten eine Verschlechterung der Ausbildungsqualität. Auch der Wegfall von Ausbildungsplätzen steht im Raum.

Diskutieren Sie mit uns über die Verbesserung der Pflegeberufe:

- Lara Hinz Fachleitung der Schule für Pflegeberufe, Akademie für Gesundheitsberufe
- Malika Mangold Personalrätin Universitätsklinikum Ulm
- N.N. Auszubildende (angefragt)
- Martin Grünitz Stiftsdirektor CURANUM Seniorenstift Ulm

Die Veranstaltungsmethode Fishbowl ermöglicht Ihnen eine gleichberechtigte Teilnahme an der Diskussion. Bringen Sie Ihre Fragen und Meinungen ein bei der Diskussion um das geplante

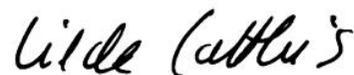
Pflegeberufegesetz

Mittwoch, 15.06.2016 um 19:00 Uhr

**Akademie für Gesundheitsberufe, Schloßstraße 38,
89079 Ulm**

Ich freue mich auf Ihr Kommen! Gerne können Sie diese Einladung an weitere Interessierte weitergeben. Danke!

Freundliche Grüße



31.05.2016

Hilde Mattheis, Mitglied des Bundestages

Flüchtlinge bei Arbeit und Ausbildung unterstützen

„Wir wollen, dass Flüchtlinge hier schnell auf eigenen Beinen stehen können und dürfen, deshalb unterstützen wir sie bei Jobsuche und Ausbildung“, be-

schreibt die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** die Kernpunkte des geplanten Integrationsgesetzes. Auch Firmen in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis profitieren von der Ausbildungsförderung, dem Abschiebeverbot während der Ausbildung und der Aussetzung der Vorrangprüfung bei der Jobsuche.

Damit Flüchtlinge erfolgreich eine Ausbildung absolvieren können, erhalten sie Zugang zu bestehenden Unterstützungsleistungen. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen und Nachhilfeunterricht während der Ausbildung, Ausbildungsgeld und Berufsausbildungsbeihilfe helfen beim Start auf dem Arbeitsmarkt. Die Umsetzung dieser Maßnahmen in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis diskutiert Mattheis mit Bildungsexperten aus der Region am 15. Juli in der Handwerkskammer.

Für die Arbeitgeber in der Region sind insbesondere die Regelungen interessant, die Rechtssicherheit bieten und gleichzeitig bürokratische Hindernisse abbauen: Wer geduldet ist und hier eine Ausbildung absolviert, kann in dieser Zeit und bei anschließender ausbildungsadäquater Beschäftigung zwei weitere Jahre lang nicht abgeschoben werden. Mit dem befristeten Wegfall der Vorrangprüfung muss vor der Arbeitsaufnahme nicht mehr geprüft werden, ob es nicht einen deutschen Arbeitslosen gibt, der die Stelle vorrangig erhalten kann. „Damit wird es für viele Firmen leichter, auch Flüchtlinge auszubilden und einzustellen“, so Mattheis.

Die Kommunen und gemeinnützigen Organisationen profitieren von der Ausweitung der Arbeitsgelegenheiten. 100.000 sogenannte Ein-Euro-Jobs werden geschaffen, mit denen Flüchtlinge auch in Ulm und dem Alb-Donau-Kreis sinnvolle Beschäftigungen in und um Aufnahmeeinrichtungen übernehmen können.

„Das Integrationsgesetz ist ein Kompromiss der Großen Koalition, wir konnten dabei einige Unterstützungsleistungen für die Menschen durchsetzen“, beurteilte Mattheis den Gesetzentwurf.

01.06.2016 Britta Bäcker, Mitarbeiterin Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Klarheit bei der Organspende

„Das Wichtigste ist, dass für die Ärzte und Angehörigen Klarheit darüber besteht, wie der Betroffene zur Organspende steht.“, betonte die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis anlässlich des Tages der Organspende am 4. Juni. „Jeder sollte sich Gedanken machen und seinen Willen auf einem Organspendeausweis festhalten.“

Nach wie vor warten viele Menschen vergeblich auf ein lebensrettendes Organ, die Zahl der Spender bleibt gering. 2015 wurden in Baden-Württemberg 106 Organe gespendet.



Foto: Archiv Mattheis

„Nach wie vor ist die Bereitschaft zur Organspende sehr gering. Das bedaure ich sehr.“, führte Mattheis weiter aus. „Gleichzeitig ist es verständlich, dass nach den Skandalen von 2010 und 2011 Vertrauen nur langsam wieder aufgebaut wird. Wir setzen jetzt mit dem Transplantationsregistergesetz einen weiteren Baustein, um in Zukunft eine stärkere Koordinierung und damit auch Kontrolle im gesamten Bundesgebiet über die Spender, Organe und Empfänger zu erhalten.“ Die Zahl der Organspender ist 2015 auf einen neuen Tiefstand gesunken. Waren es 2009 noch 14,9 Spender pro Million Einwohner, sank diese Zahl 2015 auf nur noch 10,7. Baden- Württemberg liegt hier mit 9,9 Organspendern pro Million Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt.

Nach Erhebungen der Deutschen Stiftung Organspende (DSO) kann nur bei ca. 40% der Fälle auf einen vorher bekundeten Willen des potentiellen Spenders zurückgegriffen werden. Häufiger muss der Wille vermutet werden oder Angehörige gefragt werden. Bei Ablehnung der Organspende geht dies sogar zu 32% auf den Willen der Angehörigen zurück.

Der Tag der Organspende findet seit 1983 jährlich am ersten Samstag im Juni statt, um für das Thema zu sensibilisieren und mehr Menschen auf die Möglichkeit eines Spendeausweises aufmerksam zu machen. Ausweise zum Download gibt es z.B. unter

www.organspende-info.de/organspendeausweis/erstellen

Quelle: <http://www.dso.de/presse/pressebilder-und-grafiken.html>

Die Abbildung zeigt die Zahlen der Organspender pro Million Einwohner pro Region und Bundesland im bundesweiten Vergleich. Mit einem Ergebnis von 9,9 Organspendern pro Million Einwohner im Jahr 2015 lag die DSO-Region Baden-Württemberg unter dem Bundesdurchschnitt von 10,8.

2. Juni 2016

Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Pilotprojekt für Gewaltschutz in Flüchtlingsunterkünften in Ulm

In Ulm gibt es nun eine von bundesweit 25 Piloteinrichtungen, die Gewaltschutz für Kinder und Frauen in Flüchtlingsunterkünften umsetzen sollen. „Ich begrüße es sehr, dass das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend das Pilotprojekt der Caritas Ulm mit 40.000 Euro unterstützt“, freut sich die Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis** über die Unterstützung aus Berlin.

„Gewalt war bei vielen ein Grund zu flüchten, deshalb müssen wir dafür sorgen, dass Frauen und Kinder in unseren Unterkünften keine Gewalt mehr erleben müssen“, erläuterte Mattheis das Anliegen des Förderprogramms. Die koordinierende Stelle „Gewaltschutz Kinder und Frauen“ soll Leitungen von Flüchtlingseinrichtungen dabei unterstützen, Maßnahmen zum Gewaltschutz umzusetzen. „Wir werden uns mit Fragen wie Beleuchtung, Wege zu den sanitären Anlagen, Zusammenleben auf engem Raum, Zusammenarbeit mit dem Security-Personal auseinandersetzen und Unterkünften Tipps geben, was sie bei sich verbessern können“, erläuterte die Projektleiterin Regina Konz, die bei der Caritas Ulm die Familienhilfe leitet. „Wir konnten ein super Team zusammenstellen, das genau das mit bringt, was wir jetzt brauchen: arabische Sprache, Erfahrung in der stationären Unterbringung, Expertise zu geschlechtsspezifischer Gewalt“, bekräftigt Alexandra Stork, Regionalleiterin der Caritas. Im Team sind eine Mitarbeiterin des Frauenhauses, eine Sozialpädagogin mit Berufserfahrung in einer stationären Wohngruppe und eine aus Syrien stammende Psychologin.

Einen Wermutstropfen sieht Stork allerdings im Förderungszeitraum: „Es war zeitlich sehr knapp, das Projekt zwischen Ausschreibungsbeginn, Antragsschluss, Förderungsbescheid und Maßnahmebeginn überhaupt auf die Beine zu stellen. Leider endet die Förderung auch mit Jahresende, so dass wir für 2017 keine Planungssicherheit haben“. Mattheis will die Koordinierungsstelle im Rahmen ihrer Sommertour durch den Wahlkreis besuchen.

3. Juni 2016

Britta Bäcker, Mitarbeiterin Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB

Mattheis fordert weitere Hilfen für Milchbauern

„Wir müssen den Milchbauern helfen, wieder faire Preise zu erzielen. Erzeuger können nun mit Molkereien auf freiwilliger Basis die Milchmenge regulieren. Außerdem wollen wir die Andienungspflicht abschaffen, um fairere Verträge zwischen Landwirt und Molkerei zu ermöglichen“, sagt die Ulmer Bundestagsabgeordnete **Hilde Mattheis**.

Der Milchpreis sinkt. Der Erzeugerpreis für Milch aus der konventionellen Landwirtschaft ist mittlerweile auf 20 Cent gesunken. Er müsste bei mindestens 40 Cent je Liter liegen, um die Kosten der Landwirte zu decken. Diese Entwicklung bedroht die wirtschaftliche Lage vieler Milchbauern und zwingt manche zur Aufgabe ihres Hofes, befürchtet die Sozialdemokratin. Mattheis hatte bei ihren Gesprächen mit den Milchbauern der Region versprochen, die Preisentwicklung seit Wegfall der Milchquote im April 2015 genau zu beobachten. Deshalb unterstützte sie die Umsetzung des EU-Vorschlags in nationales Recht. Nun können Agrarorganisationen (anerkannte Erzeugerorganisationen, deren Vereinigungen und Branchenverbände) und Genossenschaften (Molkereien) im Milchsektor befristet für einen Zeitraum von sechs Monaten freiwillige gemeinsame Vereinbarungen treffen. „Die Milchbauern und Molkereien haben so die Möglichkeit die Produktionsmenge besser zu steuern, um wieder zu auskömmlichen Erlösen zu kommen“, hofft Mattheis auf gute Vereinbarungen.

Doch das reiche nach ihrer Ansicht nicht aus. Zur Vereinbarungen von wirksameren Maßnahmen war die Union nicht bereit, berichtet Mattheis aus Berlin. „Ich hoffe, dass die Agrarministerkonferenz im Juli kurzfristig konkrete Hilfen bringt. Wir müssen langfristig die Verhandlungsposition des Landwirtes gegenüber den Molkereien zu stärken“. Ziel sei es, die Andienungspflicht abzuschaffen und fairere Verträge zwischen Landwirt und Molkerei zu ermöglichen. Die Andienungspflicht beinhaltet, dass der Landwirt mindestens 90 Prozent seiner erzeugten Milch an die Molkerei liefern muss und damit wirtschaftlich von der Zusammenarbeit abhängig ist.

9. Juni 2016

**Dagmar Neubert-Wirtz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin
Wahlkreisbüro Hilde Mattheis, MdB**

» Europatag in Lindau:

Europa & Wasser—Handelsware oder Grundrecht?

„Der Zugang zu Wasser ist ein Menschenrecht“, so beantwortete die Europaabgeordnete **Maria Noichl** in ihrem Eingangsstatement die bereits in ihrer Einladung formulierte Frage, ob Wasser eine Handelsware oder ein Grundrecht sei. Gemeinsam mit ihrer Tiroler Fraktionskollegin **Karoline Graswander-Hainz** hatte Maria Noichl nach Lindau zu einer Diskussion eingeladen, die sich anlässlich des Europatags am 9. Mai mit einem wichtigen europäischen Thema auseinandersetze: dem Wasser.

Zu Beginn der Veranstaltung in Lindau durfte ich ein kurzes Grußwort sprechen, in dem ich die historische Entwicklung Lindaus in Europa gestreift habe und auf die Bedeutung des Bodensees als Trinkwasserreservoir eingegangen bin. Lindau hat durch seine Lage mitten in Europa und einer Dreiländer-Grenzregion eine wechselvolle Geschichte und hier lässt sich auch gut spüren, was die Europäische Einigung bedeutet: Wer von Euch und Ihnen erinnert sich noch an die ewig langen Grenzkontrollen und das Geldtauschen? Gerade in den oft vergessenen Erleichterungen des Alltags liegt doch der große Gewinn des europäischen Einigungsprozesses!

Hauptthema des Abends war das Wasser, und hier war der Veranstaltungsort am Ufer des Bodensees, Deutschlands größtem See, natürlich gut gewählt. Mit dem aus dem Bodensee gewonnenen Trinkwasser werden circa 4,5 Millionen Menschen in Deutschland und der Schweiz versorgt! Daher war der Erfolg der Bürgerinitiative „right2water“ sehr wichtig für die Bodenseeregion, da somit das EU-Vorhaben der Kommerzialisierung der Wasserversorgung

gestoppt werden konnte. Die Europaabgeordneten Karoline Graswander-Hainz und Maria Noichl machten bei der Veranstaltung aber deutlich, dass die Gefahr noch nicht gebannt ist. Uns allen ist aber klar, dass die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen nicht den Regeln des europäischen Binnenmarktes und des Wettbewerbs unterworfen werden dürfen. Die Parlamentarierinnen berichteten an Hand von Beispielen, dass es bereits jetzt bei internationalen Verträgen zu schwammige Formulierungen gibt, die eine Gefahr für unsere kommunale Daseinsvorsorge darstellen: Gerade in Frankreich drängen internationale Konzerne auf eine Privatisierung der Wasserversorgung, so dass hier schon Projekte der Rekommunalisierung von Wasserwerken gestoppt wurden.

Uns allen muss klar werden, dass die Wasserknappheit, die wir bisher eher von Fernsehbildern aus südlichen Regionen der Welt kennen, auch für Europa eine Bedrohung ist. Bereits letzten Sommer gab es eine extreme Wasserknappheit in Franken und einige EU-Länder verbrauchen jährlich etwa 20% ihrer natürlichen Wasserressourcen. Daher ist es bereits in Europa und natürlich auch international so schwierig, den Ansatz des freien Zugangs zu Wasser als Menschenrecht zu akzeptieren. Daraus ergibt sich nämlich die Folge, dass Wasser keine reguläre Handelsware sein darf und jedem Menschen zu einem erschwinglichen Preis zur Verfügung gestellt werden muss. Maria Noichl appellierte daher deutlich für einen schonenden Umgang mit der endlichen Ressource Wasser, damit der Kreislauf des nutzbaren Wassers noch möglichst lange funktionieren kann.

Newsletter Nr. 65 | Mai 2016

Dr. Paul Wengert | MdL BY

Parteikonvent

Am Sonntag trafen sich die 200 Delegierten und der Parteivorstand zum Parteikonvent in Berlin. Das wichtigste Thema war das Solidarprojekt, welches in Form eines Leitantrages des Parteivorstandes beschlossen wurde. Es ist positiv zu bewerten, dass der Vorstand seinen Blick überhaupt wieder auf soziale Gerechtigkeit im Land richtet und hier das Profil der Partei nachschärfen will. So werden u.a. die Themen Rentenniveau, Erbschafts- und Vermögenssteuer, Bürgerversicherung und bezahlbares Wohnen in dem Antrag aufgenommen. Leider bleiben die Forderungen an vielen Stellen sehr vage. Sie sollen nun nach dem Willen des Parteivorstandes in nächster Zeit in einem breit angelegten Beteiligungsprozess diskutiert werden, um in das Wahlprogramm 2017 miteinzufließen. Daher ist es leider nicht gelungen, die SPD z.B. auf eine konkrete Erhöhung des Rentenniveaus festzulegen. Das und andere Punkte müssen konkret ausgestaltet werden, wenn wir überzeugen wollen! Den Beschluss des Konvents zum Solidarprojekt findet ihr [hier](#).

Türkei

In den vergangenen Tagen häuften sich erneut Meldungen rund um den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan und dessen umstrittene Äußerungen. Nachdem der Bundestag in der vergangenen Woche einer Resolution zur Einstufung der Massaker an den Armeniern als Völkermord zugestimmt hatte, wurden zunächst besonders die türkischstämmigen Bundestags-Abgeordneten, die für die Resolution gestimmt hatten, von Erdogan angegriffen. Sie seien der "verlängerte Arm" der kurdischen Arbeiterpartei PKK. Weiter sagte er, Deutschland sei "das letzte Land", das über einen "sogenannten Völkermord" der Türkei abstimmen solle. Zunächst solle Deutschland Rechenschaft über den Holocaust und über die Vernichtung von mehr als

100. 000 Herero in Südwestafrika Anfang des 20. Jahrhunderts ablegen, so Erdogan.

Zuletzt verschärfte der türkische Präsident den Ton gegen die Abgeordneten erneut, als er sich dafür aussprach, ihnen Blutproben entnehmen zu lassen um ihre "wahren Gene" zu überprüfen.

Die Äußerungen und Drohungen Erdogans, die sich nahezu täglich verschärfen und bisher keinerlei Kritik seitens der Kanzlerin erfahren, sind nicht akzeptabel. Die letzte Forderung nach einer Überprüfung der Gene türkischstämmiger Abgeordneter durch Bluttests ist nicht nur absurd, sondern erinnert auch an eine Rhetorik der dreißiger Jahre. In diesem Zusammenhang erscheint der EU-Türkei-Deal erneut in einem sehr negativen Licht. Die Frage bleibt und wird dringender, ob Präsident Erdogan ein seriöser Partner für die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist.

Griechenland

Ende Mai haben sich die Euro-Finanzminister und der IWF auf weitere Hilfszahlungen in Höhe von 10,3 Milliarden Euro für Griechenland geeinigt. Obschon die hohe Arbeitslosigkeit, die frappierende Armut im Land und die steigende Staatsverschuldung klar machen, dass die Austeritätspolitik fehlgeschlagen ist, musste Griechenland im Gegenzug für die Gelder weitere Sparauflagen erfüllen - so wollen es auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble und Kanzlerin Merkel.

Wir bleiben als DL21 bei unserer Forderung, die Austeritätspolitik zu beenden und endlich den Weg für Zukunftsinvestitionen und eine gerechte Reformpolitik frei zu machen. Statt weiter zu sparen, braucht das Land Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge, einen Wiederaufbau von Arbeitnehmerrechten sowie die Förderung in Bildung und Zukunftstechnologien. Auch in der SPD-Bundestagsfraktion hält man weitere Schuldenerleichterungen für Griechenland für notwendig.

Eine Neuausrichtung der deutschen Politik gegenüber Athen fordern ebenso Axel Troost und Harald Wolf von der Partei DIE LINKE in ihrem aktuellen Papier "Griechenland braucht endlich Licht am Ende des Tunnels", da ihr ihr [hier](#) abrufen könnt.

Integrationsgesetz

Derzeit wird außerdem über ein Integrationsgesetz debattiert, das Ende Mai vom Kabinett beschlossen wurde. Die wichtigsten Informationen dazu haben wir euch wieder in einem [Kurzvermerk](#) zusammengefasst. Eine Übersicht über alle Kurzvermerke findet ihr [hier](#).

Veranstaltungen

Außerdem möchten wir euch noch auf unsere kommenden Veranstaltungen hinweisen. Morgen werden wir im Rahmen unserer Reihe DL-Dialog in der Berliner Kneipe Aufsturz über die Lage der SPÖ und die Parallelen zur SPD sprechen. Die Einladung findet ihr [hier](#).

Am 2. Juli findet in Berlin unser Seminar zu Rente und Bürgerversicherung statt. Die Einladung könnt ihr [hier](#) abrufen.

Bitte meldet euch an!

Mit solidarischen Grüßen
06.06.2016

Hilde Mattheis, MdB, Bundesvorsitzende DL21



Michael Ritsch

Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

HYPO-Untersuchungsausschuss:

ÖVP blockiert an allen Fronten

Michael Ritsch ortet den Versuch, Aufklärung von Beginn an zu erschweren.

Die Klubobleute aller Fraktionen haben heute die weitere Vorgehensweise für den HYPO-Untersuchungsausschuss besprochen. Die Strategie der ÖVP lag dabei darin, die Untersuchung von vorne herein zu erschweren, berichtet SPÖ-Chef Michael Ritsch: „Bei allen unseren Vorschlägen hat die ÖVP sich zurückgelehnt und einfach nur ‚Nein‘ gesagt. Sie stellt unseren Verfahrensanwalt in Frage, lehnt personelle Unterstützung für die Klubs ab und möchte

fast alle der 13 von uns zur Klärung formulierten Fragen aus dem Antrag streichen“, fasst **Michael Ritsch** zusammen. Die ÖVP bemühe sich sehr intensiv darum, dem Untersuchungsausschuss von Anfang an einen Maulkorb umzuhängen. Damit stellt sie sich gegen alle anderen Landtagsfraktionen, die die Vorschläge der SPÖ als gut und notwendig erachten, erklärt der SPÖ-Chef.

ÖVP stellt Verfahrensanwalt in Frage

Dabei hätte Michael Ritsch Verständnis dafür, wenn die Volkspartei den von ihm vorgeschlagenen Verfahrensanwalt aufgrund rechtlicher Bedenken ablehnen würde. Mag. Clemens Achammer wird aber nur aus Prinzip von der Volkspartei in Frage gestellt. „Der Obmann des Ausschusses sollte ein Vorschlagsrecht haben, wenn er als Verfahrensanwalt hinzuzieht. Immerhin geht es hier um ein Vertrauensverhältnis. Alles andere behindert die Aufklärung unnötig. Das sollte der ÖVP bewusst sein“, so der Sozialdemokrat.

ÖVP lehnt personelle Unterstützung ab

Kein Verständnis hat er auch für das „Nein“ zum Vorschlag, die Klubs personell zu unterstützen. Immerhin benötigt es zur Aufarbeitung der komplexen Zusammenhänge Experten, die fachliche Kenntnis mitbringen. „Die Grünen haben hier eine gute Idee eingebracht. Jener Fraktion, die den Untersuchungsausschuss einberuft, soll eine Vollzeitkraft und allen anderen Klubs eine Teilzeitkraft durch das Land finanziert werden.“ Diese Idee werden alle Fraktionen außer der ÖVP morgen gemeinsam in der Form eines Antrages einbringen. „Ich bin gespannt, ob die ÖVP dann tatsächlich als einzige Fraktion gegen diese sinnvolle Idee stimmt“, so Michael Ritsch. Nachsatz: „Verständnis hätte ich dafür nicht“.

ÖVP lehnt Fragen ab

Alleine ist die ÖVP auch mit ihrem Drängen, ganze Fragen aus dem Antragstext zum Untersuchungsausschuss zu streichen. „Wenn das tatsächlich passiert, werden dem Untersuchungsausschuss noch vor seiner ersten Sitzung die Hände gefesselt. Unsere Fragen sind gut überlegt und zielen auf volle Aufklärung ab. Dass die ÖVP das verhindern will ist ungeheuerlich“, erklärt der SPÖ-Chef.

ÖVP ist nicht interessiert an Aufklärung

„Auch in dieser Frage stellt sich die ÖVP schützend vor die Reichen“, fasst Michael Ritsch zusammen. „Dieselbe Partei, die in den letzten Monaten ständig die Bezieher von Mindestsicherung zu Sündenböcken gemacht hat, schaut lieber weg, wenn die Landesbank Superreichen dabei hilft, ihr Geld vor dem Finanzamt zu verstecken. Was für ein unwürdiges Schauspiel“, so der Sozialdemokrat. Und weiter: „Es fällt mir inzwischen schwer zu glauben, dass die ÖVP an einer ehrlichen Aufklärung der betreffenden HYPO-Geschäfte interessiert ist. Sie nutzt alle Möglichkeiten aus, der Bank eine genaue Untersuchung zu ersparen. Die Reichen werden erfreut sein.“

SPÖ gibt nicht auf

Dennoch gibt Michael Ritsch nicht auf. „Die ÖVP hat zwar die Möglichkeit, vieles zu blockieren. Sie steht damit aber auf der falschen Seite. Wir stehen klar auf der Seite der Eigentümer der Landesbank: Das sind alle Vorarlberger. Gemeinsam mit den anderen Fraktionen werden wir alles daran setzen, dass der Untersuchungsausschuss ein effizientes Arbeitsgremium ist und die politische Verantwortung der Offshore-Geschäfte restlos geklärt wird.“

03.05.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

HYPO-Untersuchungsausschuss:

Antrag mit 13 Fragen einstimmig beschlossen

Nach tagelangem Ringen setzt sich die SPÖ durch

Im heutigen Rechtsausschuss des Landtages wurde der Antrag der SPÖ auf den HYPO-Untersuchungsausschuss behandelt. Wider Erwarten wurde er mit allen 13 von der SPÖ formulierten Fragen einstimmig beschlossen. „Nachdem man uns eine Woche lang erklären wollte, dass die Mehrheit der Fragen zu weitreichend sei, ist die heutige Zustimmung eine große Überraschung. Wir lagen von Anfang an richtig. Das ist ein großer Erfolg im Sinne der Aufarbeitung der HYPO-Offshore-Geschäfte“, freut sich Michael Ritsch. Möglich war die Einigung durch eine Änderung der Antrags-Präambel, in der der Untersuchungsgegenstand der nachfolgenden Fragen nun noch klarer auf den Bereich der Landesverwaltung fokussiert wird. Jetzt gel-

te es, zügig einen Zeitplan für den Untersuchungsausschuss zu erstellen und die Rahmenbedingungen für den Ablauf festzulegen. „Damit fiel heute der definitive Startschuss für den Untersuchungsausschuss. Vor uns liegt ein Berg an Arbeit, aber ich freue mich darauf, ihn im Sinne einer umfassenden Aufklärung zu erklimmen“, so Michael Ritsch.

04.05.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

Pensionssystem sicher und finanzierbar!



Reinhold Einwallner

Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

Derzeit gibt es große Verunsicherung über die Zukunft der Pensionen. Reinhold Einwallner, SPÖ-Landtagsabgeordneter, stellt klar: „Die Pensionen sind sicher.“ Er hat kein Verständnis für die ständige Panikmache, die von einigen Parteien und Teilen der Wirtschaft derzeit betrieben wird. „Werner Faymann und seine Regierung haben in den letzten Jahren die richtigen Schritte gesetzt. Österreichs Pensionssystem steht darum nach wie vor auf festem Boden. Alle anderen Behauptungen sind bewusste Panikmache.“ Die politischen Panikmacher verfolgen vor allem das Ziel, dass sich der Staat immer weiter aus dem Pensionssystem zurückzieht. Damit würde man die Menschen vermehrt zum Abschluss von privaten Pensionsversicherungen zwingen. Reinhold Einwallner sieht hier eine große Gefahr: „Damit hängt die Höhe der Pension dann von den Aktienkursen ab. Das ist alles andere als eine gute Lösung.“ Das bestehende österreichische Pensionssystem gehört zu den besten weltweit. Es gibt darum laut SPÖ überhaupt keinen Grund, es mutwillig zu zerstören. „Was wir wirklich brauchen ist kein ‚anderes‘ Pensionssystem. Wir brauchen ausreichend Arbeitsplätze für ältere Arbeitneh-

mer, damit sie ohne Abschläge in Pension gehen können. Anstatt ein funktionierendes Pensionssystem kaputtzumachen, sollten sich die Panikmacher besser um dieses Problem kümmern. Die SPÖ macht das bereits.“

04.05.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

HYPO-Untersuchungsausschuss:

ÖVP verzögert inhaltliche Arbeit

Zuschuss für unterstützende Mitarbeiter abgelehnt.

„Der Untersuchungsausschuss zu den Panama-Deals der Hypo Vorarlberg wurde gestern einstimmig konstituiert. Er könnte damit seine Arbeit sofort aufnehmen. Allerdings setzt die ÖVP weiterhin auf ihre Verzögerungstaktik und hat einen Beschluss über einen Antrag von der FPÖ, den Grünen, der SPÖ und den Neos nicht zugelassen. Damit werden wir vor der Sommerpause wohl nur Formalitäten im Ausschuss abhandeln können“, so SPÖ-Clubobmann **Michael Ritsch** zum Verhalten der ÖVP in der gestrigen Landtagsitzung.

Konkret gehe es in diesem Antrag darum, die Fraktionen des Vorarlberger Landtages mit Expertinnen oder Experten während der Zeit des Untersuchungsausschusses zu unterstützen. Immerhin sei, so Michael Ritsch weiter, der Antrag von vier Fraktionen des Landtages gestellt worden. Die ÖVP aber hat eine Abstimmung im Landtag daruber nicht zugelassen und somit die inhaltliche Begleitung des Untersuchungsausschusses um einen Monat verzögert.

„Ohne diese Unterstützung wird die Qualität des Untersuchungsausschusses leiden. Wenn ÖVP-Clubobmann Frühstück mit den Kosten argumentiert, so verkennt er die Tatsache, dass Demokratie eben etwas kostet. Vielleicht spart sich die ÖVP in der Regierung ihre selbstbeweihrauchenden Kampagnen. Denn immerhin hat die Regierung im Jahr 2014 weit über 400.000 Euro für Inserate und TV-Einschaltungen ausgegeben. Und wenn man daruber hinaus bedenkt, wie der Landes-Rechnungshof des Projekt ‚Kinder in die Mitte‘ zerpflückt hat, das allein im Jahr 2006 550.000 Euro gekostet hat, ist

das Fruhstucksche Kostenargument lächerlich. Zudem ist gerade der ÖVP-Klub, was Finanzen und Personal anbelangt, am besten ausgestattet. Mit vollen Hosen ist also leicht stinken“, schließt der SPÖ-Clubobmann.

12.05.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

Reichtümer besteuern. Nein zu Sozialabbau.

Die Mindestsicherung ist jener Betrag, den man in Österreich mindestens benötigt, um über die Runden zu kommen. Wer weniger hat, hat praktisch nichts mehr zum Überleben. Für diejenigen, die darauf angewiesen sind, ist die Bewältigung des Alltages eine große Herausforderung. Die SPÖ stellte daher diese Woche in einer Pressekonferenz klar, dass die Mindestsicherung nicht gekürzt werden darf. „Wer die Mindestsicherung kürzen will, nimmt steigende Armut und Obdachlosigkeit in Kauf“, erklärt SPÖ-Chef **Michael Ritsch**. Landtagsabgeordneter **Reinhold Einwallner** (SPÖ) kritisiert ÖVP und FPÖ, die vehement eine Kürzung einfordern: „Es kann doch nicht sein, dass man denen, die ohnehin schon kaum etwas haben, noch mehr wegnehmen will. ÖVP und FPÖ starten einen Angriff auf diejenigen, die sich nicht wehren können. Davon betroffen wären hauptsächlich armutsgefährdete Großfamilien.“ Hier geht es vor allem um eine Neiddebatte auf dem Rücken der Schwächsten. Die SPÖ schlägt vor, stattdessen eine Millionarsabgabe einzuführen. Diese Maßnahme wäre für die Grovermogenden kaum spürbar, könnte aber den Sozialtopf mit neuem Geld versorgen. Gleichzeitig wiesen Michael Ritsch und Reinhold Einwallner darauf hin, dass auch die Löhne und Gehälter deutlich angehoben werden müssen. „Ein gesichertes und gerechtes Einkommen ist der beste Schutz vor Armut“, so die beiden Sozialdemokraten.

30.05.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

Hohe Kosten für Projekte zur Bürgerbeteiligung:

Sorgsam mit Steuergeld umgehen

Echte Bürgerbeteiligung geht auch günstiger.



Martina Dell-Osbel

Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

In den letzten sechs Jahren fanden in Bregenz vier Projekte zur Bürgerbeteiligung statt. Diese Veranstaltungen haben die Stadt insgesamt über eine halbe Million Euro gekostet. Das wäre auch billiger gegangen, weiß Stadtvertreterin Martina Dell-Osbel (Foto): „Bürgerbeteiligung ist heute ein wichtiger und sinnvoller Teil von Großprojekten. Die letzten vier Projekte wurden aber viel zu großspurig angelegt. Teils hat man den Eindruck, als würde nicht die Meinung der Bürger im Mittelpunkt stehen, sondern die Inszenierung des Beteiligungsverfahrens an sich. Das ist der falsche Weg. Echte Bürgerbeteiligung muss nicht zwangsläufig teuer sein.“

Immerhin geht es hier um Steuergeld, mit dem sorgsam umgegangen werden muss. Die Kosten bei den Beteiligungsprojekten bestehen hauptsächlich in Raummieten, Moderation, fachlicher Begleitung, Studien, Getränken und Porto. „Es muss in Zukunft besser darauf geschaut werden, dass in diesen Bereichen die Kosten nicht explodieren“, richtet auch Stadtrat Michael Ritsch eine klare Forderung an den Bürgermeister.

Fakten:

So viel haben die letzten vier Bürgerbeteiligungsverfahren der Stadt Bregenz gekostet:

- *Mariahilf (2015/2016): 65.000 Euro*
- *Leutbühel (2015): 125.000 Euro*
- *Verkehrskonzept (2012-2013): 140.000 Euro*
- *Kornmarkt (2010-2012): 185.000 Euro*

30.05.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

„Frühstückspause“ wäre für ÖVP besser

Michael Ritsch verwundert über vorschnelle Abqualifizierung des HYPO-U-Ausschusses durch Roland Frühstück.

Verwundert zeigt sich **Michael Ritsch** über die Kritik von ÖVP-Klubobmann Roland Frühstück am Hypo-Untersuchungsausschuss. „Frühstück ist damit ‚ein Stück zu Früh‘. Noch vor der ersten Sitzung zu behaupten, dass dabei nichts herauskommen wird, ist schon äußerst abenteuerlich“, so der Sozialdemokrat. Immerhin stehen klare Verdachtsmomente im Raum. So haben die „Panama-Papers“ laut Medienberichten 52 von 218 der ominösen Sequoia-Briefkastenfirmen in irgendeiner Art und Weise in Verbindung zur HYPO Vorarlberg gebracht. Eine Landesbank solle nicht in den Verdacht kommen, dass Geld versteckt wird. Zudem ist als erste Konsequenz der „Panama-Papers“ bereits der HYPO-Chef Michael Grahammer zurückgetreten. „Das alles gibt Anlass genug, einmal genauer hinzuschauen“, stellt Michael Ritsch fest.

FMA kann nicht politische Verantwortung klären

„Es ist gut, dass die Finanzmarktaufsicht (FMA) das auch prüft“, erklärt Michael Ritsch. Aber: „Es ist aber sinnlos, mit dem Untersuchungsausschuss auf die den Abschlussbericht zu warten, wie von der ÖVP gefordert. Die FMA prüft nur die rechtliche Dimension. Die Klärung der politischen Ver-

antwortung steht ausschließlich in der Verantwortung des Landtages. Aber das scheint Frühstück gerne zu übersehen.“

Unwille der ÖVP ist mühsam

Als mühsam bezeichnet Michael Ritsch den offen zur Schau getragenen Unwillen der ÖVP in Bezug auf den Untersuchungsausschuss. Immerhin werde der erste Untersuchungsausschuss in der Geschichte Vorarlbergs Maßstäbe setzen. Die gemeinsam verhandelten Eckpunkte werden mehr oder weniger auch für die künftigen derartigen Kontrollgremien zur Geltung kommen. „Alle anderen Fraktionen sind äußerst bemüht, einen reibungslosen Ablauf zu garantieren und den Untersuchungsausschuss auf ein festes Fundament zu stellen. Nur die ÖVP streut in regelmäßigen Abständen immer mal wieder eine Handvoll Sand ins Getriebe, nur um danach doch noch einzulenken. Das ist nicht sonderlich professionell sondern eher ein parteipolitisches Hickhack“, so Michael Ritsch. Er hofft, dass die ÖVP im Zuge der ersten Ausschusssitzungen einen unaufgeregteren Zugang zum Thema bekommt und auch Interesse an Aufklärung hat. „Es ist der falsche Weg, sich nur schützend vor die Millionäre zu stellen“, so Michael Ritsch abschließend.

01.06.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

Neue Kinderbetreuungstarife:

"Nicht Fisch, nicht Fleisch"

Nur geringe Entlastung in großen Teilbereichen. Elternbeitragsfreie Kinderbetreuung bleibt das Ziel.

"Es ist ja sehr nett, was die beiden Landesrätinnen Wiesflecker und Mennel heute in Sachen Tarifgestaltung in Kindergärten und Kinderbetreuungseinrichtungen präsentiert haben. Ziel muss aber eine elternbeitragsfreie Kinderbetreuung bleiben“, reagiert SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch auf die heutige Präsentation der neuen Tarifstruktur.

Die vergünstigten Kindergartentarife würden ausschließlich für Bezieherinnen und Bezieher der Mindestsicherung und der Wohnbeihilfe gelten. Außerdem sei die Vergünstigung ein ziemlicher Witz, wenn man bedenke, dass ge-

genüber dem Normaltarif nur wenige Euro pro Monat bei halbtägiger Betreuung gespart werde, so der SPÖ-Clubobmann.

Auch die aufgezeigten Berechnungsmodelle der Vorarlberger Landesregierung im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung sind Idealvorstellungen. Jedenfalls taugen sie nicht dafür, dass bspw. eine Alleinerziehende Person eine Arbeit aufnehmen und sich dabei noch die Kinderbetreuung leisten kann. „Eine Alleinerziehende mit knapp über 1.600 Euro Nettoeinkommen muss immer noch 75 % des Tarifs des Trägers berappen, um ihr Kind unterzubringen. Wenn man bedenkt, dass die teuersten Kinderbetreuungseinrichtungen bis zu 576 Euro pro Monat betragen, wie soll sich eine Alleinerziehende mit einem Kind eine Kinderbetreuungseinrichtung um 432 Euro leisten, was immerhin 25 % des Einkommens bedeutet. Dass dieses ganze Werk nur Kosmetik ist, zeigt auch die Tatsache, dass dafür lediglich 1,8 Millionen Euro in die Hand genommen werden und die Verwaltung zusätzlich aufgebläht wird. Wir treten deshalb weiterhin für eine elternbeitragsfreie Kinderbetreuung und höhere Gehälter für die Pädagoginnen und Pädagogen ein“, schließt SPÖ-Clubobmann Michael Ritsch.

02.06.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

LWK-Maut ist fair und gerecht

Hauptverursacher für Straßenschäden sollen an den hohen Kosten beteiligt werden.

LKW sind die Hauptverursacher von Straßenschäden. Daher ist es nur fair und gerecht, wenn sie auch einen größeren Teil zu den entstehenden Kosten beitragen. Die SPÖ fordert daher, dass eine LKW-Maut eingeführt wird. „Die hohen Kosten im Straßenbau entstehen nicht durch den normalen Personenverkehr. Ich bin dafür, dass die Hauptverursacher auch dafür bezahlen sollen“, erklärt Reinhold Einwallner, SPÖ-Verkehrssprecher.

Eine Studie des Österreichischen Instituts für Raumplanung gibt ihm Recht. Sie spricht von einer 50.000-fachen Belastung der Straßen durch LKW (ab 30 Tonnen) im Vergleich zum Autoverkehr. Dieselbe Studie zeigt auch, dass

die Preissteigerungen durch eine flächendeckende LKW-Maut vernachlässigbar sind und die regionale bzw. lokale Wirtschaft sogar davon profitieren kann. Dies beweist ein Blick in die Schweiz. Dort wurde die LKW-Maut bereits vor 15 Jahren erfolgreich eingeführt.

Factbox:

50.000 mal mehr als ein Auto belastet ein LKW (ab 30 Tonnen) die Straßen.
06.06.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

"Mir wäre vor Wahlen nicht bang"

Am vergangenen Sonntag bezog Michael Ritsch in der "Kronen Zeitung" ausführlich Stellung zum neuen SPÖ-Kanzler Christian Kern, der Krise der SPÖ und die Zukunftsperspektiven der Partei. Das Interview haben wir in unserer Cloud

[als PDF bereitgestellt.](#)

05.06.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

Schwarze Zahlen auf Kosten der Gemeinden

Der positive Rechnungsabschluss des Landes verschleiert dramatische Situation der Gemeindefinanzen, erklärt Michael Ritsch.

Der Rechnungsabschluss des letzten Jahres liegt vor. Die Landesregierung jubelt über die erneut ausgebliebene Neuverschuldung. Diese Feststimmung kann die SPÖ aber nicht nachvollziehen: „Der Rechnungsabschluss gibt nur einen Teil der Wahrheit wieder. Er zeigt nicht, wie dramatisch die Finanzsituation in den Vorarlberger Gemeinden inzwischen aussieht. Die gute finanzielle Lage des Landes basiert in vielerlei Hinsicht auf der enormen Verschuldung in den Gemeinden. Gemeinsam haben sie inzwischen fast eine Milliarde Euro Schulden“, erklärt SPÖ-Chef Michael Ritsch.

Konkrete Reformen gefordert

Die Schuldenlast enge den Spielraum der Gemeinden zunehmend ein. Daher sei es dringend notwendig, die Zuständigkeiten fortan klarer zu regeln, er-

klärt **Michael Ritsch**. Damit würden sich viele Kosten einsparen lassen. So soll zum Beispiel das Geld für Kindergärten zu 100 Prozent vom Land kommen, während Gemeinden sich klare Gemeindefinanzierungen wie die Feuerwehr zu 100% selbst finanzieren. Michael Ritsch: „Diese Reformen können wir im Land selbst umsetzen. Dafür muss auf niemanden gewartet werden.“ Der SPÖ-Chef drängt auf konkrete Handlungen. Denn jeder Tag, an dem hier nichts passiert, würde mit weiteren Schulden zu Buche schlagen. „Die Gemeindefinanzen laufen vollkommen aus dem Ruder.“

Landeshauptmann Markus Wallner hält trotzdem immer noch schöne Sonntagsreden über die Landesfinanzen. Stattdessen soll er endlich im Interesse der Gemeinden handeln“, fordert der Sozialdemokrat.

07.06.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

Kritik an Fritz Amanns Rundumschlägen

Die Aussagen Amanns zum HYPO-Untersuchungsausschuss sind eines ehemaligen Parlamentariers nicht würdig, sagt Michael Ritsch.

„Eigentlich sollte man die Aussagen von Fritz Amann unkommentiert lassen, da er offenbar nicht akzeptieren will, was die Aufgaben eines Parlamentes sind und dies, obwohl er über lange Jahre Mitglied des Vorarlberger Landtages war. Dennoch kann man sie auch nicht so stehen lassen, da der Untersuchungsausschuss und deren Mitglieder als Gesamtes diffamiert werden“, reagiert der SPÖ-Clubobmann und Obmann des Hypo-Untersuchungsausschusses auf die Aussagen des blauen Aufsichtsratsmitglieds der Hypo-Vorarlberg.

Dass Abgeordnete pauschal verunglimpft werden, dem Landtag jegliche Kompetenz zur Aufklärung der politischen Verantwortung abgesprochen wird, sei besonders verwerflich, so **Michael Ritsch**, der dazu meint: „Den Landtag und die Abgeordneten als politische Kleinelite zu bezeichnen, die keine Ahnung haben, kann nur als verbaler Amoklauf bezeichnet werden. Dass Amann dann noch meint, dass der Untersuchungsausschuss gegenüber

JEDEM Kunden der Hypo-Vorarlberg eine gnadenlose Frechheit sei, untermauert dies.“

Michael Ritsch erinnert den ehemaligen Landtagspräsidenten Fritz Amann auch daran, dass er im Landtag immer für Kontrolle gestanden sei. Nun, da er nicht mehr Abgeordneter zum Vorarlberger Landtag ist, kritisiere er diese Kontrollfunktion.

Angesprochen auf die Aussage Amanns, wonach die Bank durch diesen Untersuchungsausschuss Schaden erleide, entgegnet ihm der Ausschussobmann, dass sich die Bank diesen Schaden selbst zugefügt habe. „Die Panama-Leaks betrafen, was den Finanzplatz Österreich anbelangt, vor allem die Hypo-Vorarlberg. Diesen Schaden hat sie, die Hypo-Vorarlberg, sich selbst zugefügt. Und auch die Behauptung Amanns, wonach man sich nach 2009 aus den offshore-Geschäften sukzessive zurückgezogen habe, stimmt einfach nicht. Denn die Panama-Leaks haben bestätigt, dass die Hypo Vorarlberg Konten von mindestens 20 Offshore-Gesellschaften hat, für 30 weitere gibt es valide Hinweise. Zudem hat die Hypo-Vorarlberg intensive Geschäftsverbindungen zur Liechtensteiner Firma Sequoia, denn mindestens 52 der 218 Sequoia-Briefkastenfirmen haben eine Verbindung zur Hypo Vorarlberg. Fritz Amann täte also gut daran, sich in Zukunft nicht so weit aus dem Fenster zu lehnen.“

09.06.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

Ist "Häusle" weit genug weg und kümmert uns nicht?

Ein Kommentar der Feldkircher Stadtvertreterin Brigitte Baschny.

Eingangs wird festgehalten, dass die engagierte Müllpolitik und das Bewußtsein der Feldkircher Bevölkerung Feldkirch zu einer sehr sauber aussehenden Stadt machen. Nun erschüttert aber ein veritabler Skandal, dessen Ausmaße noch nicht restlos geklärt sind, das Land. Abgesehen von der ökologischen Katastrophe gibt es noch Fragen der Kriminalität und des Weg-

schauens zu klären, womit sich der Kontrollausschuss beschäftigt. Der auch für Feldkirch sehr relevante wunde Punkt am Häusle-Skandal: Das Unrechtsbewußtsein der Menschen ist bei den eigenen "Müllsünden" fast so gering ausgeprägt wie bei Schwarzarbeit. Die Causa Häusle trägt prinzipiell zu einer weiteren Erleichterung des Gewissens bei, wenn der Hausmüll nicht ordnungsgemäß getrennt und entsorgt wird. Wenn eh alles am Ende zusammenkommt und illegal vergraben wird und sich damit noch eine Menge Geld verdienen läßt.



Brigitte Baschny

Foto: Archiv SPÖ Vorarlberg

Diesem Problem sollte aber die Feldkircher Umweltpolitik ins Auge schauen, das Thema auf den Tisch bringen und nicht unter den Teppich kehren. Es geht um nicht weniger als die Motivation jedes Einzelnen, seinen Beitrag zu Sauberkeit und Umweltschutz zu leisten; die richtige Einstellung der BürgerInnen kann nur mit Ehrlichkeit und Aufklärung bewirkt werden. Die Führung von Listen bei der Abgabe des gelben Sacks und der Ruf nach mehr Überwachung und Strafen sind nicht Zielführend. Lieber sollte überlegt werden, ob der Feldkircher Restmüllsack nicht für viele zu teuer ist.

10.06.2016

Vorarlbergs soziale Kraft

Impressum

Herausgeber: Fredi Alder

SBI, Sozialistische Bodensee-Internationale

Präsident: Fredi Alder

E-Mail: fredialder@gmx.ch

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Dornerweg 45, D 88709 Meersburg
Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren

Tel.: 07532/313048
Tel.: 07542/20349

E-Mail: roterseehas@kabelbw.de
E-Mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Peter Simon, MdEP: peter.simon@europarl.europa.eu
Evelyne Gebhardt: EGebhardt.MdEP@t-online.de
Newsletter EUROPA-SPD: s-d.delegationde@europarl.europa.eu
Guido Berlinger-Bolt, Pol. Sekretär: berlinger-bolt@sp-sg.ch
Martin Pfister: m-pfi@bluewin.ch
Presse LV BW: Landesvertr.Presse@lvtberlin.bwl.de
Sylva Heinzler: bsheinzler@t-online.de
Dieter Stauber: dieter.stauber@online.de
Frank Heimpel-Labitzke: f.labitzke@epunkte.de
SPD Bodenseekreis: <http://www.spd-bodenseekreis.de/>
Ilse Petry: Ilse.petry@dgb.de
SPD Presseservice: pressestelle@spd.de
Ulrich Bauer: Bauer-Wangen@t-online.de
Wolfgang Schreier: wmschreier@bluewin.ch
Wolfgang Heinzler, Büroleiter: Wolf99maci@aol.com
Martin Gerster, MdB: martin.gerster@wk.bundestag.de
Martin Gerster, MdB: martin.gerster@wk.bundestag.de
Hilde Mattheis: Hilde.Mattheis@bundestag.de
Dagmar Neubert-Wirtz: hilde.mattheis@wk.bundestag.de
Vorarlbergs soziale Kraft: laendle@spoe.at
Newsletter Paul Wengert, MdL BY: paul.wengert@gmx.de
Sz-Online: <http://www.schwaebische.de/>
Südkurier Online: <http://suedkurier-medienhaus.de/unsere-medien/online-portale/suedkurier-online>
Winfried Kropp: kropp@spd-kreis-konstanz.de
Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB: hilde.mattheis.ma02@bundestag.de
Dagmar Neubert-Wirtz: hilde.mattheis@wk.bundestag.de
Newsletter Europa_SPD: [europabuero.spd\(at\)bundestag.de](mailto:europabuero.spd(at)bundestag.de)

Frederik Wunderle:
Europa Aktuell

info@evelyne-gebhardt.eu

Peter Hartmann:
Erich Kiener:

hartmann.forrer@bluewin.ch
info@sp-ai.ch

Dieter Stauber als:
Christine Heimpel:
Ortsvereine des KV sind hier verlinkt

AdminDieter = Dieter Stauber
kontakt@christineheimpel-fn.de

Paul Stopper:

paul@stopper.ch

Alex Geisler:
Oliver Stegemann:
Dirk Bartel:

Alex.Geisler@gmx.de
martin.gerster@wk.bundestag.de
martin.gerster@bundestag.de

Britta Bäcker: s. Büro Hilde Mattheis

www.spoe.at

Hans-Peter Storz:

info@hans-peter-storz.de

Büro Ulm, Hilde Mattheis, MdB:
Tobias Pietsch:

hilde.mattheis@wk.bundestag.de
s. Büro Hilde Mattheis

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.

Die Meinungsbeiträge stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein.

Hase im Titelblatt: Hans-Peter Sieger

Logo Roter Seehas: © 2014 Hans-Peter Sieger

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen:

(Karl-Heinz König)

roterseehas@kabelbw.de